

Unimut

ZEITUNG *an* DER UNI HEIDELBERG

„Ähm... äh...“

für mehr Bildung“

Was steckt hinter der Initiative: dem lebendigen Geist?

Seite 9

Die Bildung streikt

100 Universitäten, Schulen und Gewerkschaften auf den Barrikaden

Seite 7

Im Bilde:

Google lichtet ab
Über-Macht einer Suchmaschine

Seite 11

Bildung für Burschis

Einblicke in die Strukturen Studentischer Verbindungen

Seite 5

Kampf um die Plöck!

Seit Mitte Februar ist die Plöck ab dem Sprachlabor in Richtung Bismarckplatz offiziell für FahrradfahrerInnen gesperrt. Statt dessen sollen sich die RadfahrerInnen die Friedrich-Ebert-Anlage mit Autos, LKWs und der Baustelle für die neue Tiefgarage teilen. Vor allem für die in der Altstadt Studierenden bedeutet das eine erhebliche Einschränkung, ist doch die



Plöck der zentrale Fahrradweg aus der Altstadt heraus.

Mit einer *Critical Mass* machten die Betroffenen am 01. März 2009 erstmals ihrem Unimut Luft. Gut 120 RadfahrerInnen fuhren etwa eine Stunde vorschriftsmäßig auf der von der Stadt vorgegebenen Umleitung in der Friedrich-Ebert-Anlage und durch die Plöck zurück. Dabei blockierten sie nicht den Verkehr – sie waren der Verkehr. Die zahlreichen AutofahrerInnen standen nicht im Stau – sie waren der Stau. Am 14. März 2009 wiederholte sich die Aktion mit ebenfalls großer Wirkung. Viele AutofahrerInnen zeigten jedoch Verständnis für das Anliegen der RadfahrerInnen.

SPD und Grüne Heidelbergs fordern: „Die Plöck muss Fahrradstraße bleiben.“ Die DemonstrantInnen fordern: „Die Plöck muss Fahrradstraße werden.“ Denn den *Status quo* vor der Sperrung kann mensch wohl auch nicht als fahrradfreundlich bezeichnen. Trotz des strikten Halteverbots parken Autos rücksichtslos auf beiden Seiten. Dicke Geländewagen schieben sich durch die Plöck und zwingen jeden Radfahrer aus Angst vor einem kostspieligen Zusammen-

stoß mit deren lackierten Stoßstangen zum absteigen. Lange Schlangen vor den Eingängen der Parkhäuser behindern außerdem den Radverkehr.

Es ist zu erwarten, dass weitere Protestaktionen folgen und sich mit Semesterbeginn weiter verstärken. Sind doch die Studierenden die Hauptbetroffenen der Sperrung. Da es der Stadt

bisher jedoch nicht gelungen ist, die Umleitungsstrecke für länger als ein paar Tage vorschriftsmäßig auszuschildern, wird die Plöck wohl erstmal weiter in beiden Richtungen befahren werden.

nbb



Liebe LeserInnen und Leser,
vor uns liegt ein spannendes Sommersemester. Während die Vorbereitungen für den Bildungsstreik im Juni auf Hochtouren laufen, tobt in der Plöck der Kampf zwischen der RadfahrerInnenklasse und der Großgeländewagen-Bourgeoisie – der ideale Rahmen für den Beginn eines Studiums, das sich nicht nur mit den Inhalten der Prüfungsordnung beschäftigt. Hierzu stellen wir einige Initiativen zur Mitgestaltung unseres Studilebens vor.

Weiter beschäftigten uns in dieser Ausgabe die Ereignisse in Winnenden. Außerdem legen wir einen Schwerpunkt auf die zunehmende Überwachung und Entrechtung. Angesichts von Google, Microsoft und natürlich Schäuble, hätten auch wir gerne einen systemkonformen Beitrag zur Verbesserung der Welt geleistet und den UNiMUT ab sofort auf Umweltpapier gedruckt. Jedoch: Is' nich'!

die redaktion

- IniGSt – Party: Zum Teufel mit den Studiengebühren
17.04.2009 – 21.00 im Lokal „Zum Teufel“
(Kirchheimerweg 2)
- Festival Latino: Filmabend „Tangodeseos“
22.04.2009 – 20.00 im Weltladen Heidelberg
- Ausstellung: „Frauen in Buenos Aires“ – Lebensrealitäten zwischen 9 und 99 Jahren; 01.-30.05.2009
im EineWeltZentrum
- Podiumsdiskussion: „Bildungsstreik 2009 – Hochschullehrer auf die Barrikaden?“ mit Prof. Grotian (Berlin), Prof. Reiser (Mainz), 22.04.2009
– 18.00 in der Neuen Uni – www.KritischeTheorie-hd.de
- Bildungsstreik 2009
Demo: 20.4.2009, 18 Uhr, Bismarckplatz
ab 15.06.2009 – in HD, Ba-Wü und Deutschland
www.Bildungsstreik2009.de
- CampusCamp 2009 – Kritische Initiative und Heidelberger Forum für kritische Theorie und Wissenschaft – ab 16.05.2009 – www.CampusCamp.de

An was für einer Uni wollen wir studieren?

„Dem lebendigen Geist“ ist auf dem Transparent über dem Eingang zur Neuen Uni zu lesen. Das Plakat ist von der MLP, die Worte Teil der unter Federführung des Philosophen Karl Jaspers ausgearbeiteten Satzung, in der sich die Universität verpflichtet, „dem lebendigen Geist der Wahrheit, Gerechtigkeit und Humanität zu dienen.“

Die Universität, das sind zu einem großen Teil erstmal die an ihr Studierenden. Aber an was für einer Uni wollen wir studieren? Unsere Uni ist Bildungsstätte, sie ist aber auch für einige Jahre Lebensraum. Diesen können wir mitgestalten!

Was erwarten wir uns vom Studium? Was sind unsere Ziele? Oft wird universitäre Bildung zur berufsbezogenen und von wirtschaftlichen Interessen abhängigen Ausbildung. Doch sollte sie mehr sein. Die Akademische Freiheit an der Universität bedeutet freie Studienwahl und freie Studienorganisation mündiger Studierender. Bildung ist nicht Mittel zum Zweck, sie ist auch Selbstzweck. Für eine Studienrichtung hat man sich schließlich frei entschieden, dem eigenen Interesse nach. Sollte das dann nicht auch die primäre Motivation für unser Studieren sein?

Heute überwiegt jedoch oft studienordnungsmotiviertes Studieren – effizient und schnell. Der Gang in die Bibliothek oder ins Seminar verstanden als notwendiges Übel immer auf der Jagd nach Scheinen und guten Noten.

Wer entscheidet was gelernt wird, und wie? Brauchen wir Selbstdisziplin und sollten wir uns zum Lernen zwingen müssen? Bei all dem Auswendiglernen darf das eigene Denken nicht verlernt werden. Wir sollten den Mut aufbringen, auch einmal inne zu halten, zu reflektieren und die Richtung zu wechseln, umzukehren, wenn es sein muss.

Die Einführung von Bachelor/Master führte, in der derzeitigen Ausgestaltung, eine Leistungsüberprüfungsmanie herbei, in dessen blindem Gehorsam die einstigen Ideale deutscher Universitäten verloren gehen. Die verschulte Studienorganisation lässt kaum Raum für selbstbestimmtes Lernen und relative Benotungssysteme, wie sie in der Ethnologie bereits eingeführt wurden, fördern den Konkurrenzdruck auf Kosten des gemeinschaftlichen Lernens.

Es bleibt kein Raum mehr für Muse und Weitblick, für die Freiheit und das eigene Denken, für die kritische Auseinandersetzung mit den Wissenschaften und für viele andere Wichtige, aber nicht evaluierbare Fähigkeiten, die die Zeit des Studiums vermittelt – wenn man sie dazu nutzt.

Die Einführung von Studiengebühren und die damit einhergehende Kommerzialisierung der Bildung degradieren die Bildung zur Ware. Hiermit verschwindet die Idee der Bildung als Voraussetzung für ein von Nützlichkeits Erwägungen freies Denken als Grundlage einer emanzipierten Gesellschaft.

Hochschulen sind in Deutschland größtenteils öffentlich finanziert. Erwächst daraus nicht auch eine Verantwortung für die Gesellschaft? Eine gesunde Demokratie braucht mündige Bürger, die sich eigene Meinungen bilden und diese vertreten, Diskussionen suchen, sich mit anderen Sichtweisen auseinandersetzen und verantwortlich handeln.

Vergesst also nicht: Ihr studiert Eurem Interesse nach! – Nämlich das, wofür Ihr Euch frei entschieden habt. Bei all den Pflichtveranstaltungen und Prüfungen sollte die Primärmotivation des eigenen Interesses nicht verloren gehen. Und letztendlich verbringt Ihr mit Eurem Studium auch viel Zeit,

und Zeit muss auch glücklich machen!

Entscheidet Euch für eine Studienplanung, die noch Zeit für das eigene Denken lässt, für andere Interessen und für Engagement. Es ist auch möglich, Lehrveranstaltungen anderer Fächer zu besuchen, einfach nur für sich selbst, aus Interesse und ohne die (De)motivation der Prüfungsordnung.

Diese Ausgabe des UNiMUT stellt einige studentische Initiativen vor, die zu einer Mitgestaltung unserer Uni und unserer Lebenswelt einladen. Diese Auswahl soll Anregungen bieten und stellt keineswegs eine umfassende Liste dar. Beim Bildungstreik wird für eine demokratische und freie Hochschulbildung gekämpft. In der InigSt setzen sich Studierende gegen Studiengebühren ein. Durch Engagement in den Fachschaften und der FachSchaftsKonferenz könnt ihr die hochschulpolitischen Interessen eurer KommilitonInnen vertreten. Und in der Lebensmittelkooperative Appel un' Ei und der Weltladen setzten sich Studierende mit Konsum und Handelsbeziehungen auseinander. Kulturelles Engagement gibt es beim Schauspiel-Hochschulsport und dem Sollbruch Theater. Bei der Initiative Nightline steht die psychische Unterstützung von Kommilitonen im Zentrum und der Asyl Arbeitskreis setzt sich für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen ein. Das antirassistische Netzwerk Courage organisiert Projektstage zum Thema Zivilcourage an Schulen.

Vielfache Möglichkeiten also unsere Uni mitzugestalten!



Mit dem Plakat an der Neuen Uni wird für ein groß angelegtes Renovierungsprogramm der Neuen Uni geworben (Seite 9). Doch schaffen moderne Hörsäle einen lebendigeren Geist als unsere Holzbänke? Was den lebendigen Geist an unserer Uni ausmacht bestimmen wir! Also: Beteiligt Euch und bringt Euch ein, denn die Uni Heidelberg – das sind wir alle.

nbb

Bildungstreik Bündnis Heidelberg/Mannheim

Ein anderes Bildungssystem ist möglich – und dringend nötig! Unter diesem Motto laden wir alle dazu ein, sich im bundesweiten Projekt Bildungstreik einzubringen. Die regionale Vorbereitungsgruppe trifft sich jeden zweiten Donnerstag (nächster Termin 09. April) um 18 Uhr im Zentralen Fachschaftsbüro in der Albert-Überle-Straße 3-5.

InigSt – Initiative gegen Studiengebühren

Die Initiative gegen Studiengebühren hat sich im Sommersemester 2008 am Psychologischen Institut gegründet. Sie setzt sich ein für ein sozial gerechtes und solidarisches Bildungssystem, das Freiraum für eine umfassende akademische wie auch persönliche Entwicklung lässt. Sozioökonomische Faktoren sollen einer Hochschulbildung nicht im Wege stehen. Im vergangenen Semester ist die InigSt durch Aktionen wie die Veröffentlichung einer Fake-Zeitung und „Singen gegen Studiengebühren“ aufgefallen. Dieses Semester eröffnet die Initiative mit einer dicken Party unter dem Titel „Zum Teufel mit den Studiengebühren“ (17. April ab 21 Uhr, sinniger Weise im studentisch beliebten Lokal „Zum Teufel“, Kirchheimer Weg 2). Wer sich engagieren möchte, ist herzlich willkommen bei den wöchentlichen Treffen immer mittwochs um 18.30 Uhr im Fachschaftskeller des Psychologischen Instituts. Natürlich gilt die Einladung auch für Studierende anderer Fachrichtungen.

Kontakt: www.inigst.de, kontakt@inigst.de

Die Kritische Initiative

In der *Kritischen Initiative* engagieren sich Studierende aus den verschiedensten Fachrichtungen und Semestern gemeinsam aktionistisch zu hochschul- und gesamtgesellschaftlichen Themen. Das Ziel ist es dabei, durch die verschiedensten kreativen Aktionsformen die Studierendenschaft zu informieren und zu politisieren. Themengebiete werden je nach Aktualität behandelt und umfassen zum Beispiel Studiengebühren, Verschulung des Studiums, Leistungsdruck oder das Semesterticket. Arbeitsgrundlage ist die Utopie einer aufgeklärten und emanzipierten Gesellschaft.

FSK – der Zusammenschluss der Fachschaften

Die FachSchaftsKonferenz (FSK), der Zusammenschluss aller Fachschaften. Die Fachschaften sind die Studierendenvertretungen auf Fachbereichsebene. Auf regelmäßigen Sitzungen, an denen alle Studierenden des jeweiligen Fachbereichs teilnehmen können, wird über die Belange des Fachbereichs diskutiert und Aktivitäten wie Erstsemester-einführungen, Tutorien oder die zum Teil legendären Fachschaftspartys geplant. Die Fachschaften stellen für die jährlichen Wahlen zu den Unigremien KandidatInnen für die zwölf Fakultätsräte, und damit auch für die weiteren Gremien der Fakultäten, in denen über Belange der Fachbereiche bzw. der Fakultät entschieden wird, auf. Hierbei sind insbesondere Studien- und Prüfungsordnungen, die Beratungen im Rah-

men der Berufungsverfahren für neue ProfessorInnen oder die Verabschiedung des Lehrprogrammes für kommende Semester für Studierende relevant. Die studentischen Gremienvertreter legitimieren sich in den Fachschaftssitzungen und holen dort Meinungsbilder und Sichtweisen der Studierenden, die sie vertreten wollen, ein.

Auf der FSK-Sitzung koordinieren sich die Fachschaften universitätsweit. Einen Schwerpunkt bildet die Hochschul- und Bildungspolitik. Hierzu wird nicht nur ausgiebig diskutiert, sondern in Arbeitsgruppen und Referaten konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Studienbedingungen oder Gestaltung der Universität erarbeitet.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die Mitwirkung der FSK-VertreterInnen in den universitätsweiten Gremien. Analog zu den Fachschaften auf Fachbereichebene stellt sich die Fachschaftskonferenz zur Wahl für den Senat, das wichtigste universitätsweite Gremium, das fakultätsübergreifende Themen berät und beschließt. Das baden-württembergische Hochschulrecht sieht seit 1977 keine Studierendenvertretung mehr vor. Daher bilden die FSK und die Fachschaften eine unabhängige Studierendenvertretung.

Im Zentralen Fachschaftenbüro (ZFB) erhaltet ihr Informationen und Tipps zu den Bereichen, in denen die FSK und die Fachschaften arbeiten (www.fsk.uni-heidelberg.de). Einen guten Einstieg zur Orientierung im Studium bietet auch das Dschungelbuch (www.dschungelbuch.fsk.uni-heidelberg.de).

Gärtnerei Wildwuchs und Appel un' Ei

In der Gärtnerei Wildwuchs bewirtschaften sozial engagierte und ökologisch interessierte Studierende und junge Erwachsene eine Fläche von etwa 0,7 ha in den Handschuhsheimer Feldern Heidelbergs. Immer sonntags um 11 Uhr wird mit einem gemeinsamen Frühstück in den Gartentag gestartet. Nachhaltiges Wirtschaften und der Erhalt einer breiten Sortenvielfalt stehen hierbei im Vordergrund. Das hergestellte Obst und Gemüse wird in der Lebensmittelkooperative Appel un' Ei verkauft.

Appel un' Ei ist ein Arbeitskreis der Fachschaftskonferenz der Uni Heidelberg. Die Lebensmittel, die nicht in der Gärtnerei Wildwuchs hergestellt werden, stammen aus sinnvollen Erzeugungszusammenhängen und sind regional und ökologisch erzeugt. Die Kooperative ist in dem kleinen gelben Häuschen unter dem Mensavordach (neben dem Café Botanik) im Neuenheimer Feld zu Hause und im Semester von Montag bis Freitag jeweils von 12 bis 14 Uhr geöffnet. Als Mitglied bekommt man einen Schlüssel, der einem vierundzwanzig Stunden Öffnungszeiten ermöglicht. Die Kooperative ist basisdemokratisch und auf viel Vertrauen und Gemeinschaftlichkeit aufbauend organisiert. Hier werden alternative Wirtschaftsformen und Organisationsstrukturen, beruhend auf gegenseitigem Respekt und Zusammenarbeit, praktiziert.

Beim Einkauf in der Lebensmittelkooperative geht es um reflektiertes Verbraucherverhalten. Es werden sonst oft

achtlos weggeworfene Verpackungen wiederverwendet und durch das saisonale Obst- und Gemüseangebot bekommt man ein Gefühl für eine den Jahreszeiten angemessene Ernährung. Außerdem sind die Lebensmittel der Kooperative auf Grund der eigenen Erzeugung und des ehrenamtlichen Engagements seiner Mitglieder verhältnismäßig günstig. Weitere Informationen gibt es online auf der Homepage: <http://www.appelunci.uni-hd.de>

Nightline

Die Nightline ist ein Zuhör- und Informationstelefon von Studierenden für Studierende, das von 21 bis 2 Uhr täglich Anrufe von Studierenden entgegen nimmt, die etwas auf dem Herzen haben – egal, ob es sich dabei um Referatsstress, Beziehungsprobleme, Prüfungsangst oder einfach die Studienplanung für das nächste Semester handelt. Für die Arbeit am Telefon selbst, die Organisation und die Pressearbeit sind Studentinnen und Studenten aus allen Fakultäten willkommen. Um die Arbeit am Telefon nachhaltig zu gestalten, gibt es regelmäßige, durch Psychologen geleitete Fortbildungen. Das nächste Schulungswochenende, das für alle Neueinsteiger verpflichtend ist, findet am Wochenende vom 24.04.-26.04.09 statt. Am Montag davor, dem 20.04.09, sind alle Interessierten zu einem Infoabend eingeladen. Kontakt: info@nightline-heidelberg.de, 06221 / 18 47 08 (ab 21 Uhr).

Etwas Fairändern im Weltladen

Fairer Handel leistet einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in den Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Südens und des Nordens. Durch den Verkauf von Produkten aus langfristigen Kooperationsvereinbarungen bekommen die Produzierenden Planungssicherheit und entkommen der Abhängigkeit vom Weltmarktpreis. Die ErzeugerInnen erhalten faire Preise, die ihnen ein Leben in Würde ermöglichen. Zusätzlich geht ein Solidaritätsbeitrag an die Erzeugerzusammenhänge, der zum Beispiel für Bildungs-, und Infrastrukturprogramme verwendet wird.

Der Weltladen Heidelberg unterstützt durch den Verkauf fairer Produkte dieses Konzept. Seine Partner sind vor allem kleinbäuerliche Betriebe und Genossenschaften in Afrika, Asien und Lateinamerika. Zu großen Teilen werden hierbei ökologische Standards erfüllt.

Neben der Unterstützung des fairen Handels leistet der Weltladen Heidelberg vielfältige Bildungsarbeit. Um die Öffentlichkeit zu mobilisieren und zu sensibilisieren, werden Kampagnen zu Welthandelsprodukten und gesellschaftspolitischen Themen durchgeführt. Dabei geht es um eine kritische Auseinandersetzung mit Entwicklungspolitik, um Bildungs- und Kulturarbeit, durch die auf die komplexen Probleme unserer Welt hingewiesen wird.

Die MitarbeiterInnen im Weltladen Heidelberg sind zum großen Teil Studierende. Man kann im Verkauf arbeiten oder sich in der Bildungsarbeit einbringen, zum Beispiel in der Organisation des Festival Latino, bei Filmvorführungen

und beim globalisierungskritischen Stadtrundgang. Alle zwei Wochen treffen sich die MitarbeiterInnen im Plenum, dem primären Entscheidungsgremium des Ladens. Interessierte schauen am Besten auf einen Kaffee in der Heugasse 2, in der Heidelberger Altstadt vorbei.

Flüchtlinge in Heidelberg willkommen heißen:

Save-me-Kampagne sucht Paten und Patinnen

Ein Bündnis von PRO ASYL mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), mit Kirchen und NGOs fordert die Einrichtung eines Programms zur kontinuierlichen Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Die „Save-me-Kampagne“ soll der Bundesregierung hierbei vor Augen führen, dass viele Bundesbürger diese Initiative unterstützen.

Seit Ende September 2008 haben sich 131 Paten und Patinnen in Heidelberg dazu bereit erklärt, Flüchtlinge bei deren Ankunft hier willkommen zu heißen. Diese Unterstützung ist vorerst symbolisch. Die Paten drücken damit ihren Wunsch nach einer anderen Flüchtlingspolitik aus. Bei Erfolg der Kampagne wird der Pate aktiv und bereitet dem Ankommenden einen warmen Empfang in Heidelberg, sei es durch ein freundliches Lächeln, einen Stadtrundgang oder durch Hilfe bei Behördengängen. Finanzielle Verpflichtungen sind hiermit nicht verbunden. Informationen gibt es unter www.save-me-heidelberg.de/kampagne.html

Schauspiel-Hochschulsport

Der Kurs besteht aus einer Kombination von Übungen, methodischen Anleitungen und kleinen szenischen Studien. Im nächsten Semester findet er wahrscheinlich dienstags von 16-18 h in der Doppelhalle a statt. Genauer gibt es im Programm des Hochschulsports.

Sollbruch-Theater:

Das Sollbruch-Theater besteht aus Ehemaligen der Theatergruppe Mangold und der Performancegruppe der Literaturwerkstatt des Germanistischen Seminars. Die kleine Gruppe ist beständig auf der Suche, sich neue theatrale Möglichkeiten – technische wie ästhetische – zu eigen zu machen. Kein Projekt wird wie das andere. So wird das nächste Stück aus kurzen Dramen, Einaktern und Zitaten von unterschiedlichen Autoren, zum Beispiel Oskar Kokoschka, Guillaume Apollinaire und Franz Xaver Kroetz kompiliert sein.

Courage zeigen!

Das »Netzwerk für Demokratie und Courage« (NDC) ist ein basisdemokratisches Projekt, das klar gegen Rassismus auftritt und Projektstage mit Schulklasse durchführt. Ziel ist es eine demokratische Kultur zu befördern, in der sich alle beteiligen können. *Courage* möchte jungen Menschen Mut machen, nicht wegzusehen, wenn Diskriminierung geschieht. Mitmachen kann bei diesem Projekt jede und jeder, der eine einwöchige Courage-Ausbildung genießen durfte. Mehr Infos unter: www.netzwerk-courage.de

Zweifelhafte Verbindungen?

Ein Blick in die Strukturen Heidelberger Studentenverbindungen

Der Einstieg in einen neuen Lebensabschnitt fällt nicht immer leicht. Viele Hürden sind zu überwinden und vieles ist fremd. Das fängt schon bei der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung im verhältnismäßig teuren Heidelberg an. Im Internet stößt man dabei fast unumgänglich auf Angebote von den Verbindungen oder Burschenschaften. Sie bieten ein großes Zimmer in zentraler Lage bei guter sozialer Einbindung und vor allem zu einem Spottpreis. Klingt verlockend und scheint für ca. die Hälfte der Studierenden (die Männer) ein gutes Angebot. Doch wird vielfach nur oberflächlich reflektiert, was es heißt, sich einer Verbindung anzuschließen. Dieser Artikel möchte in diesem weiten und komplexen Feld einen Eindruck der Strukturen einiger studentischer Verbindungen geben und damit dazu anregen, sich mit den Hintergründen der Verbindungen, mit denen man sich, in welcher Form auch immer, konfrontiert sieht, auseinanderzusetzen.

Studentenverbindungen bezeichnen erstmal allgemein einen Verband von derzeitigen und ehemaligen Studenten einer Universität. Es ist der Oberbegriff für christliche Verbindungen, Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften,

Turnerschaften und Vereine Deutscher Studenten, und einige mehr. Die verschiedenen Verbindungen Deutschlands und Österreichs sind in Dachverbänden organisiert.

Corps, Landsmannschaften und Turnerschaften sind traditionell pflichtschlagend und tragen Couleur. Burschenschaften bezeichnen sich selbst als politisch ausgerichtet, hierbei stehen „vor allem Fragen der deutschen Einheit, des deutschen Volkstums, der deutschen Nation und der Freiheit“ im Vordergrund. (www.studentenverbindungen-muenchen.de)

Mehr als 120 deutsche und österreichische Burschenschaften sind im Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB) organisiert. Eine Mitgliedschaft „bedeutet vor allem die freiwillige Verpflichtung, sich für ideelle Ziele einzusetzen, die im Wahlspruch der Deutschen Burschenschaft ‚Ehre – Freiheit – Vaterland‘ umrissen werden.“ (Aus der Verfassung der DB, www.burschenschaft.de)

Die Burschenschaft fordert von ihren Mitgliedern den „Einsatz für das deutsche Vaterland“, deshalb werden nur „Volksdeutsche“ aufgenommen, die den Kriegsdienst nicht verweigert haben; das Gebiet der ehemaligen DDR wird

mitunter als „Mitteldeutschland“ bezeichnet. Die Rhetorik spricht für sich, doch weist der größte Dachverband deutscher Burschenschaften auch direkte Verbindungen zu rechten Politikern auf. So ist der ehemalige Pressereferent der Deutschen Burschenschaft Rolf Schlierer seit 1994 Bundesvorsitzender der Republikaner.

Vorsitzende der „Deutschen Burschenschaft“ war für den Zeitraum 2006/07 die „Innsbrucker Burschenschaft Brixia“. Im ‚Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus‘ wird die „Brixia“ als „akademische Vorfeldorganisation des Rechtsextremismus“ eingestuft.

Problematisch ist weiter, dass zahlreiche Burschenschaften ihre Rolle im Nationalsozialismus nicht aufarbeiten und zum Beispiel die aktive Mitwirkung an den Bücherverbrennungen leugnen. So beschlossen im Juli 1935 auf Drängen der Deutschen Burschenschaft alle Verbände der Gemeinschaft Studentischer Verbände mit Ausnahme des Kösener, des Wingolf und des Wernigeroder Verbandes alle „Nichtarier“ auszuschließen. (Heidelberger Geschichtsverein e.V. www.s197410804.online.de/Zeiten/1933.htm)



Gedenktafel für die im zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten des Corps Saxo-Borussia in der Friedrich-Ebert Anlage

Mitglied in der Deutschen Burschenschaft sind zum Beispiel die Heidelberger Burschenschaften *Frankonia* und *Normannia*. Die Mitgliedschaft in der DB ist für die Burschenschaften freiwillig, mit ihr gehen sie jedoch die Verpflichtung ein, „neu eintretenden Mitgliedern das burschenschaftliche Gedankengut [der DB] zu vermitteln.“ Es findet also eine aktive Mitarbeit und somit eine Beteiligung an der Verbreitung rechten Gedankenguts statt. Die Frankonia war zum Beispiel beim gesamttiroler Freiheitskongress vertreten. Dort waren Vorträge wie „Keine Angst vor Großdeutschland“ zu hören.

Innerhalb der deutschen Burschenschaft ist die Normannia Mitglied in der sogenannten Burschenschaftlichen Gemeinschaft. Im Gründungsprotokoll der Gemeinschaft ist zu lesen: „Die Burschenschaften der Burschenschaftlichen Gemeinschaft bekennen sich zum volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff. [...] Sie fordern die geistige und kulturelle Einheit aller, die dem deutschen Volke angehören.“ (www.burschenschaftliche-gemeinschaft.de)

Aber auch Verbindungen, die nicht in der Deutschen

Burschenschaft organisiert sind, weisen Tendenzen rechten Gedankenguts auf, so zum Beispiel der Verein Deutscher Studenten, VDSt (seit 1931 in der Plöck 68). Dieser ging 1880 aus einer Petitionsbewegung gegen die rechtliche Gleichstellung der Jüdinnen und Juden hervor. Die Rolle des VDSt im Nationalsozialismus ist kaum aufgearbeitet. Noch 1987 veranstaltete der VDSt ein Symposium unter dem Titel „Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.“ Ein weiteres Beispiel ist die Teutonia, deren Mitglied Christian Bangert 1996 im Kommunalwahlkampf für die Republikaner kandidierte.

Die Beziehungen zwischen zahlreichen Verbindungen, insbesondere Burschenschaften, und der rechtsextremen Szene sind vielfältig und lassen sich sowohl personell als auch ideologisch nachweisen, aufgeführt wurden hier lediglich exemplarische Beispiele. Was rechtsextremes und antisemitisches Gedankengut angeht, muss zwischen den einzelnen Verbindungen natürlich differenziert werden.

Gemein ist ihnen jedoch die Förderung einer sexistischen Elitenbildung. So nehmen lediglich vier von 34 Verbindungen und Burschenschaften in Heidelberg Frauen auf. Die Rekrutierung von gesellschaftlichen Eliten erfolgt weiter über eine Auswahl bezüglich politischer Gesinnung. Oft geschieht dies nicht offen, geben doch zahlreiche Verbindungen an unpolitisch zu sein und bei ihren Mitgliedern keine politische Einstellung vorauszusetzen. Doch wird hier systematisch die formelle Chancengleichheit unterwandert, nicht nur durch das Heranzüchten einer rein aus Männern bestehenden Elite zur Besetzung von Führungspositionen, sondern auch durch eine Selektion bei der durch eine systematisch angelegte informelle Erziehung ein bestimmtes Gedankengut reproduziert wird.

Von Nina und Jonas Bust-Bartels

Zum Weiterlesen:

www.bpb.de/themen/TGE8K9.html

Elite sein – Ziel korporationsstudentischer Erziehung (Stephan Peters 2004)

Heidelberg, Du Feine! Rechte Tendenzen und Ideologien an der Universität Heidelberg (Antifa-AK Uni-Heidelberg 2006)

Stützen der Gesellschaft – Elite der Nation (Anitfaschistische Initiative Heidelberg 2004)

Über Toleranz

Toleranz bedeutet das Geltenlassen anderer Anschauungen, Normen, Werte und Handlungen, besonders in religiösen, politischen, ethisch-sozialen und wissenschaftlich-philosophischen Fragen. Toleranz ist eine wichtige Bedingung der pluralistischen Gesellschaft. Doch gibt es auch Grenzen von Toleranz, die zieht jeder individuell für sich, spätestens wenn es sich um eine Verletzung der grundlegendsten Werte handelt. Bei Gewaltanwendung gegen Personen oder bei Diskriminierungen auf Grund gruppenspezifischer Zuschreibungen hört bei vielen die Toleranz auf. Das Geltenlassen anderer Anschauungen und Handlungen schlägt dann um in Ablehnung und vielfach in aktives Eintreten gegen die Diskriminierenden.

Die Beziehungen einiger Studentischer Verbindungen zu rechtsextremen Strukturen gehen uns alle an. Hat uns nicht gerade unsere Geschichte gezeigt, wie fatal es sein kann wegzuschauen und bestimmte Handlungen zu tolerieren? Es liegt in der Verantwortung eines jeden, die Menschen in

seiner Umgebung, die sich in solchen Strukturen bewegen, mit der Bedeutung ihres Handelns zu konfrontieren.

nbb

Bildungsstreik 2009

Alternativen anpacken statt nur zu fordern

„Die derzeitigen Zustände und Entwicklungen im Bildungssystem sind nicht weiter hinnehmbar.“ Mit dieser Erkenntnis organisieren sich derzeit Studierende, Schülerinnen und Schüler und Lehrende aus dem ganzen Bundesgebiet zum Bildungsstreik. Im Juni diesen Jahres sollen die Verhältnisse in den Bildungseinrichtungen nach Möglichkeit grundlegend verändert werden.

Die Grundidee zu diesem Projekt kam erstmals hier in Heidelberg auf. Auf der Herbsttagung des Forums für Kritische Theorie und Wissenschaft, von der der Unimut berichtete, stieß der Berliner Professor Peter Grottian an, sich für Alternativen zum neuen Bachelor-Master-System einzusetzen. Durch die Schulstreiks im November entwickelte sich daraufhin die Idee eines Streiks auch an den Universitäten. Seitdem finden monatlich bundesweite Vernetzungstreffen statt, auf denen Studierenden- und Schülervertretungen sowie sozial- und bildungspolitisch orientierte Gruppen und Einzelpersonen das Vorgehen im Rahmen eines Bündnisses planen.

Nur eine weitere kleine Protestbewegung? Was bisher erarbeitet wurde, lässt mehr vermuten. In mehreren Aspekten stellt der Bildungsstreik etwas Weitergehendes dar.

So soll mit der Kampagne das ganze Bundesgebiet erfasst werden. Die Organisation läuft dabei über regionale Bündnisse, die sich dann auf den Vernetzungstreffen untereinander absprechen. Die Beteiligten erarbeiten dort unter anderem bundesweit gültige Forderungen, die mit dem Bildungsstreik verwirklicht werden sollen. Ergänzend dazu thematisieren die regionalen Gruppen Missstände in ihrem Gebiet. Die Bewegung soll dabei aber nicht an den Bundesgrenzen Halt machen. Wenngleich sich seine Organisation auf Deutschland beschränkt, sieht sich der Bildungsstreik in einem internationalen Zusammenhang, läuft doch die Politik, die hier thematisiert wird, längst global. So mobilisiert das Bündnis zum Beispiel zusammen mit dem International Student Movement zur Global Action Week.

Dabei handelt es sich nicht um einen reinen Studieren-

denprotest. Die Schulen werden genauso Orte des Aufbegehrens sein wie die Unis. Zudem findet eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und anderen Gruppen aus dem sozialen Bereich statt. Es ist den Beteiligten wichtig, die Veränderungen im Bildungsbereich nicht als isoliertes Phänomen darzustellen, sondern klarzumachen, dass diese im Kontext der zunehmenden Marktorientierung in immer mehr Lebensbereichen stehen. Eine erste gemeinsame Aktion auf Bundesebene ist dabei die Beteiligung an der ersten Großdemonstration zur Finanzkrise in Berlin am 28. März mit einem eigenen Bildungsstreik-Block.

Auch DozentInnen, LehrerInnen und andere MitarbeiterInnen in den Bildungseinrichtungen sollen intensiv in den Prozess eingebunden werden – geht es doch um ihre Arbeit und Arbeitsbedingungen.

Welche Themen dabei konkret im Vordergrund stehen, wollen die derzeit Aktiven in der Zeit vor und während der Aktionswoche im Juni zusammen mit allen Betroffenen erarbeiten und diskutieren. Die Missstände in der Bildungspolitik sind ebenso vielfältig wie die Alternativen, die aus dem Bildungsstreik hervorgehen. Daher sprechen die InitiatorInnen des Projekts ihre KommilitonInnen und MitschülerInnen, Eltern und Lehrende an, sich bei diesem Prozess einzubringen und diesen mitzugestalten. Die Zeit bis zum Juni soll genutzt werden, um sich darüber klar zu werden, was schiefläuft und wie es anders laufen könnte.

Der Bildungsstreik selbst versteht sich als Folge dieser Debatte nicht als Bittsteller an die Verantwortlichen in der Politik, die gewünschten Reformen in die Wege zu leiten. Die Erfahrung zeigt, dass die zuständigen Ministerien Proteste weitgehend ignorieren und sich auf ihre Übermacht in der Presse und die Einschüchterung von Aktiven durch entsprechend ausgerichtete Polizeieinsätze verlassen. Ein Dialog auf gleicher Ebene ist vom guten Willen der Politikerinnen und Politiker abhängig – und findet kaum statt, weil Studierenden und SchülerInnen schlicht die Lobby fehlt und die oberen Positionen in den Bildungseinrichtungen le-

**BUNDESWEITER
BILDUNGSSTREIK**

15.-19. Juni

diglich mit linientreuen Personen besetzt werden. In dieser undemokratischen Situation möchten das Bildungsstreik-Bündnis die Betroffenen dazu aufrufen, sich Möglichkeiten zu überlegen, wie die geforderten Veränderungen nicht nur kundgetan, sondern auch durchgesetzt werden können. Studierende und SchülerInnen sollen zusammen mit den Lehrenden in dieser Woche ein neues Selbstbewusstsein entwickeln, das sie in die Lage versetzt, Alternativen anzupacken, statt nur Forderungen zu stellen.

Das Bildungsstreik-Bündnis Heidelberg-Mannheim ruft zu Beginn der *Global Action Week* am 20. April zu einer Demonstration auf, die den Auftakt zur Kampagne in dieser Region bilden wird. Im Anschluss soll in einer Vollversammlung geklärt werden, wie sich die Menschen hier den Bildungsstreik vorstellen und welche Probleme man zusammen angehen will.

JZ

„Wegen Studiengebühren muss kein Student arbeiten.“

Die Verhandlung der Klagen gegen das Landeshochschulgebührengesetz vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim

Am 12. Februar wurden vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim die Klagen gegen das Landeshochschulgebührengesetz verhandelt. Der Prozess ist von großer rechtlicher Komplexität und politischer Brisanz. Geht es doch für die Hochschulen um Einnahmen durch Studiengebühren im dreistelligen Millionenbereich pro Jahr - und für viele Studierende um ihre Zukunft.

Insgesamt wurden vier der landesweit knapp 3000 Klagen exemplarisch verhandelt. Die Klägerin gegen die Pädagogische Hochschule Freiburg ist eine alleinerziehende Mutter von zwei Kindern. Gegen die Universität Karlsruhe klagen zwei Studenten, die auf Grund ihrer Einberufung zum Wehr- bzw. Zivildienst im Vergleich zu anderen Studierenden des gleichen Jahrgangs zwei Semester länger mit Gebühren studieren müssen. Ein Student beruft sich bei seiner Klage, ebenfalls gegen die Universität Karlsruhe, auf die durch Gremienarbeit bedingte Verlängerung seines Studiums.



Die Anwälte der Ankläger bezogen sich in ihren Argumentationen jedoch nicht nur auf die Sondertatbestände ihrer MandantInnen und erklärten, die Gebühren schreckten Studierwillige aus einkommensschwachen Elternhäusern von der Aufnahme eines Studiums ab und verstößen deshalb sowohl gegen das Grundgesetz als auch gegen den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, dem der Bundesgesetzgeber mit dem Gesetz vom 23.11.1973 zustimmte. Dieser besagt, dass „der Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann gleichermaßen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden muss.“

Um die Abschreckung der Studiengebühren zu belegen wurde vor allem auf die jüngst veröffentlichte HIS-Studie verwiesen. Diese liefert erstmals Daten zur Wirkung der Studiengebühren auf Studienbeginnende. Demnach „verzichten zwischen 6000 (1,4%) und gut 18000 (4,4%) Schulabgänger/innen des Jahrgangs 2006 auf Grund von Studiengebühren auf ein Hochschulstudium.“

Die Verteidigung argumentierte, die Sozialverträglichkeit sei durch die Darlehen gegeben. „Wegen Studiengebühren muss kein Student arbeiten,“ äußerte sich der Anwalt der Universität Karlsruhe, auch könne er sich nicht vorstellen,

dass „hochschulpolitisches Engagement und Gremienarbeit die Studienzeit verlängern.“ Die Vertreterin der PH Freiburg betonte die „Verbesserung der Lehre“ durch die eingeführten Studiengebühren, sowie die „vielfältigen Mitbestimmungsmöglichkeiten“ der Studierenden bei der Verwendung der Studiengebühren.

Das Urteil

Das Gericht befand die Erhebung von Studiengebühren auf der Grundlage des Landeshochschulgebührengesetzes für rechtmäßig. Es folgte in Bezug auf die abschreckende Wirkung der Studiengebühren für sozial schwächere der Argumentation der Verteidigung. In der Urteilsbegründung hieß es, das Land sei auf Grund des Sozialstaatsprinzips dazu verpflichtet bei der Einführung von Studiengebühren eine Regelung zu treffen, die den Belangen einkommensschwacher Bevölkerungskreise angemessen Rechnung trage. Dieser Verpflichtung werde jedoch mit dem Landeshochschulgebührengesetz entsprochen, da jeder Studierende das Recht zur Aufnahme eines Darlehens habe. Weiter be-

zog sich das Gericht auf die Verschuldungsobergrenze von 15.000 Euro für BafögempfängerInnen, die das Darlehen für Baföghöchstsatzempfangende zu einem zinslosen Darlehen werden ließe.

Das Gericht hat wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Verfahrens die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen. Die Entscheidungen sind daher zunächst nicht rechtskräftig

Auch wenn die Klagen erstmal abgewiesen wurden, bedeuten die Klagen gegen das Landeshochschulgebührengesetz einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung einer weiter fortschreitenden Kommerzialisierung der Bildung. So befand das Gericht die Einführung von Studiengebühren nur auf Grund der getroffenen Regelungen für einkommensschwächere Bevölkerungskreise für zulässig. Diese Rege-

lungen fanden Eingang in die Urteilsbegründung und sind somit vom Landesgesetzgeber bei einer möglichen Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes zu berücksichtigen. Das heißt, dass sich Klagen gegen eine eventuelle Erhöhung der Studiengebühren und einer damit einhergehenden Erhöhung der Verschuldungsobergrenze für Bafögempfänger, auf diese Argumentation des Gerichts berufen können. Auch sind die jüngsten Änderungen der Befreiungsregelungen (Artikel im UniMUT 0109) bedingt gewesen durch die bevorstehende Verhandlungen des Gesetzes vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim. Die über 3000 Klagen sind somit nicht nur politisch sondern auch juristisch als Erfolg zu werten.

nbb

„Herr Eitel, was ist für Sie der lebendige Geist 2011+?“

Die Köpfe der Heidelberger Fundraising-Kampagne kommen zu Wort

Das Rektorat der Universität Heidelberg plant Großes. Für mindestens acht Millionen Euro soll das Hörsaalgebäude der neuen Universität renoviert werden, subventioniert mit drei Millionen vom Land Baden-Württemberg. Vor allem eine Modernisierung der Veranstaltungsbereiche ist ab Sommer diesen Jahres geplant. Die geschichtsträchtigen Holzbänke werden zeitgemäßerer Sitzgelegenheiten weichen.

Um den fehlenden Betrag von 5 Millionen Euro einzuholen, läuft aktuell eine enorme Fundraising-Kampagne. Das tragende Motto „dem lebendigen Geist“ soll dabei helfen, Unternehmen trotz Krise zu Freigiebigkeit zu bewegen. Was die Initiatoren der Kampagne unter diesem „Geist“ verstehen, wurde auf einer Pressekonferenz im Februar deutlich. Neben Rektor Bernhard Eitel und Professor Paul Kirchhof nahmen daran die zwei erfolgreichen Unternehmer Bernhard Schreier und Manfred Lautenschläger teil, ihres Zeichens der Universität Heidelberg in „vielfältiger Form verbunden“ (UniSpiegel Feb./März 2009). Vor Kurzem wurde „dem Familienvater Manfred Lautenschläger“ sogar von der theologischen Fakultät die Ehrendoktorwürde verliehen. Mit

seinem finanziellen Engagement „halte er die Grundwerte christlichen Selbstverständnisses in unserer Gesellschaft wach. Vielleicht ohne es bewusst zu wollen oder auch ohne es zu bemerken.“, so Dekan Oeming (www.uni-Heidelberg.de/presse/news08/pm2812020-3ehr.html).

„Unser Beitrag für freie Bildung ist, dass der lebendige Geist frei ist“

Lautenschläger erklärte in der Pressekonferenz, „lebendiger Geist“ bedeute ein „breitgefächertes Bildungsspektrum“ und dass man auch „zweckfrei“ studieren könne. Unklar blieb, an welche Fachrichtungen der Unternehmer bei dieser „Zweckfreiheit“ dachte. Ähnliche Töne schlug Rektor Eitel an. „Lebendigen Geist“ heiße „freie Bildung“. Doch was hat freie Bildung mit der Renovierung eines Gebäudes zu tun?

„Unser Beitrag für freie Bildung ist, dass der lebendige Geist frei ist. Studenten können frei diskutieren, aber das Gebäude bildet die Rohform.“ so äußerte sich Eitel bei der Pressekonferenz. Der Rektor ist erklärter Freund und Förderer des transformierten Bildungssystems. Bedeutet aber die Umstellung zu Bachelor/Master und Einführung der Studiengebühren nicht eine Einschränkung der freien Bildung und des zeitlichen Freiraums für Diskussion?

„Das Bachelor-Master-System engt freie Bildung nicht ein, das sind nur Anfangsschwierigkeiten. Das Studieren ist etwas stringenter geworden, das muss nicht immer negativ bewertet werden. Die Freiheit, über Dinge nachzudenken ist noch da.“ so Eitel. Der Rektor ließ die Anwesenden an einem Moment intimer Freude und Stolzes teilhaben; Studenten aus England und den USA hätten sich bei ihm brieflich für die Freiheit des Studierens bedanken, die sie in Deutschland genießen durften.



„Die Studierenden sind völlig gleichberechtigt“

Auch Professor Kirchhof gab einen Einblick in seine Ideale. „Lebendiger Geist“ sei für ihn, dass „die Gesellschaft in die Uni hinein spricht“. Also bedeutet lebendiger Geist auch Partizipation der Studierendenschaft bei wichtigen Entscheidungen?

„Wir haben die Studierenden sehr stark eingebunden in den Gremien, vielleicht nicht jeden Einzelnen (...) aber sie sind völlig gleichberechtigt in allen Gremien und Räten, und wir erhalten immer nur positive Rückmeldung der Studierendenvertreter.“ so Eitel. Meint der Rektor hier eine Gleichberechtigung der Studierendenvertreter untereinander? Im Heidelberger Universitätsrat sitzt ein Studierender neben zehn universitätsexternen, und -internen Persönlichkeiten, die vom Wissenschaftsminister berufen werden, sieben davon Professoren, drei tragen immerhin einen Dokortitel. Der Senat umfasst 38 Mitglieder, darunter vier Studierende.

„Ausdehnung der Vorlesungszeiten“

So konzentrieren sich die verantwortlichen Herren zurzeit auf geistige Fragen, Organisatorisches der Renovierung sitzt

noch auf der langen Bank. Auf entsprechende Erkundigung in der Pressekonferenz sprach Direktor Eitel von „Ausdehnung der Vorlesungszeiten“ und „Lärmbelästigung“. Offenbar wünschte sich der Rektor weniger praktische Erkundigungen der Journalisten und mehr Enthusiasmus über den lebendigen Geist. Denn leicht unwirsch hieß es, was solche organisatorischen Feinheiten angehe, „muss man eben noch kreativ werden“. Im Unklaren belässt das Rektorat außerdem, wie es den Grundsätzen der Reziprozität gerecht wird, wenn sich wie erhofft freigiebige Unternehmer finden. Auch hier wird die Kreativität der Universitätsleitung zweifelsohne reichhaltige Früchte tragen. Gegen Ende der 90minütigen Pressekonferenz war den Herren Eitel-Kirchhof-Lautenschläger noch nicht so recht gelungen, klar zu kommunizieren, was denn eine Gebäuderenovierung und „lebendigen Geist“ verbindet. Da sprang kurz vor Schluss der ebenfalls anwesende OB Eckart Würzner in die Bresche: „Es geht um die Botschaft, nicht um das Gebäude, der lebendige Geist ist immateriell“, offenbarte er. Aha.

amb

Gegen Microsoft Word – Für Freie Software

Was alle benutzen oder wovon behauptet wird, dass es alle benutzen sollten, gilt allgemein als Standard.

Microsoft scheint für viele Menschen Standard zu sein, wenn es um Computerfragen geht. *Microsoft Word* wird oft als »das eine Programm« für Textverarbeitung angesehen. Bekanntlich muss aber etwas nicht gleich gut sein, nur weil es alle verwenden. Bei *Microsoft Word* spricht einiges dagegen. *Word* ist proprietäre Software, das heißt sehr teuer und auch mit sogenannten Studentenrabatten (für weit über 100 Euro!) für die meisten Studenten kaum auf legalem Wege zu erwerben. Hinzu kommt, dass es bei *Microsoft Word* nicht mit einer einmaligen Anschaffung getan ist. *Microsoft* programmiert seine Software ganz im Sinne der Wegwerfgesellschaft so, dass der »Kunde« an das Unternehmen gebunden wird, also immer wieder eine neue Version der Software kaufen muss, weil *Microsoft* bei jeder Version das Datei-Format so ändert, dass es immer nur mit der neusten Software gelesen werden kann. Leicht kann es dabei auch rückwirkend passieren, dass vor ein paar Jahren erstellte Dokumente mit der nun neusten Version nicht mehr problemlos geöffnet werden können. Zu all dem Übel kommt, dass *Word* dem Benutzer nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten gibt, seinen Text typographisch so zu gestalten, wie er oder sie es möchte. Außerdem sind *Word*-Dokumente um ein Vielfaches größer als bspw. Dokumente im *OpenOffice*-Format mit dem gleichen Inhalt. Welche Informationen *Microsoft* neben dem eigentlichen Text gleich noch mit speichert, mag der Phantasie jedes Lesenden

überlassen sein.

Vielleicht mag der ein oder andere denken, es sei jedem Nutzer selbst überlassen, welches Programm er oder sie verwende, aber das ist es nicht. Texte im *doc*-Format werden jeden Tag zu Hunderten via Email durch das *World Wide Web* hin- und hergesendet. Jeder und jede, die in ihrem Postfach einen Text in diesem Format vorfindet, steht täglich vor dem Problem, ein Programm besitzen zu müssen welches diese öffnen kann. (Nur nebenbei gesagt, haben sich *Word*-Dokumente bisher prima zum Verteilen von Viren erwiesen!)

Zum Glück besteht aber noch lange kein Grund den Kopf in den Sand zu stecken und *Microsoft Word* resigniert kaufen zu müssen. Es gibt Alternativen! Freie Software wie *OpenOffice* kann auch Dokumente im *Word*-Format lesen, ist völlig kostenfrei und ermöglicht sogar manch typographische Raffinessen, die bisher professionellen Layoutprogrammen vorbehalten waren. Freie Software kann nicht nur von allen Menschen frei benutzt werden, sondern ermöglicht es jeder und jedem zusätzlich, diese Software zu erforschen und zu verbessern.

Ein erster Schritt, um das *Microsoft*-Machtmonopol zu kippen wäre vielleicht, aufzuhören, Dokumente im *doc*-Format via Email zu versenden und andere darauf aufmerksam zu machen, dass man es nicht gut heißt, wenn sie einem solche schicken. Dies würde sicherlich einiges verändern!

jr

Über die schleichende Ent-rechtung durch Google

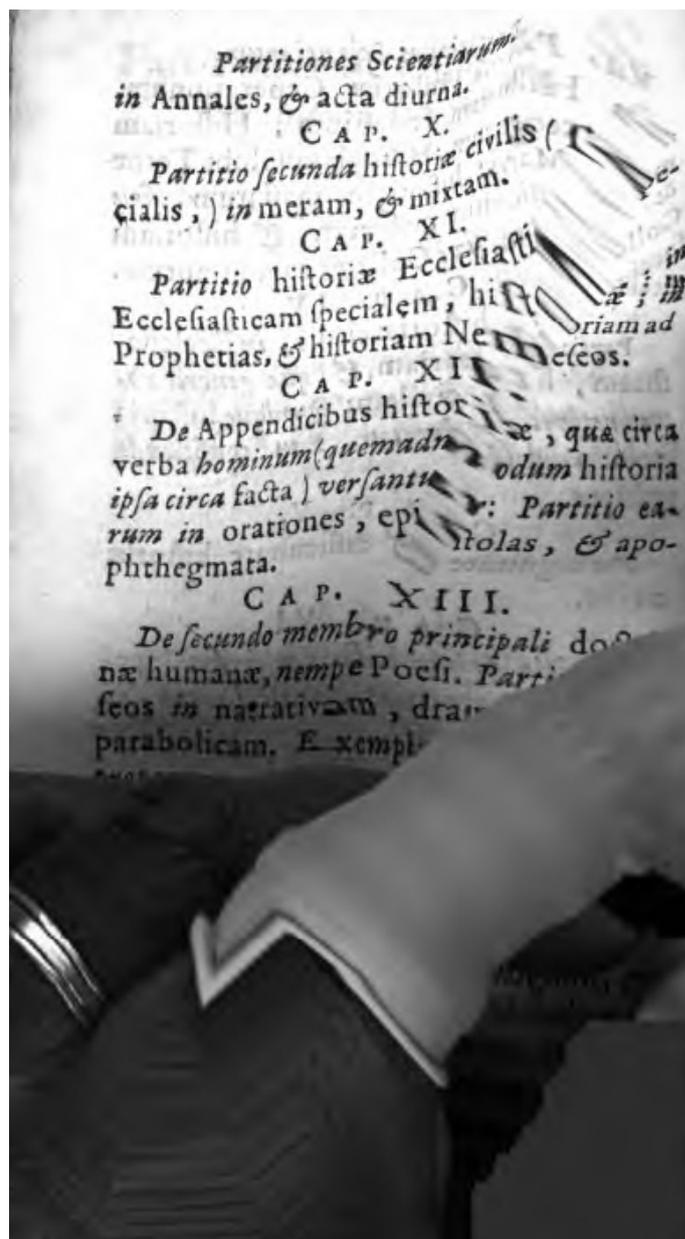
Big Brother is watching you! – Wir wissen was Du tust! Die Spione unserer Zeit arbeiten nicht mehr mit solch angsteinflößenden Sprüchen. Sie wissen: das kommt nicht gut an. Viel lieber will man, dass der Beobachtete gerne beobachtet wird, den Verlust der Freiheit als etwas Gutes wahrnimmt: denn er bekommt ja schließlich auch was dafür. Heutzutage nennt man das dann: *Service*. Allgemein anerkannte und zum Teil sogar gewollte Kontrolle.

Google weiß, wer Du bist, für welche Nachrichten Du Dich interessierst, was Du jemals online gekauft hast, an welche Orte Du gerne reist oder reisen würdest, welche Menschen Du übers Internet gesucht hast, welche Musik Du Dir gerne anhörst, über welche Krankheiten Du Dich bisher informiert hast, welche politischen Einstellungen Du teilst, ob Du Dich für Pornos, Schußwaffen oder Religion begeisterst: *Google* speichert jeden Eintrag, den Du jemals in diese Suchmaschine eingegeben hast: von einfachen Wetterinfos bis hin zur sexuellen Ausrichtung. Das Ausmaß dieses Wissens ist kaum vorstellbar! Nutzt Du zusätzlich *Gmail*, so hat *Google* jede Deiner Emails gelesen und gespeichert. Alles ganz legal. Hier noch nach Datenschutz zu schreien, wirkt geradezu lächerlich. Das war einmal. Durch die Benutzung der Dienste stimmt jeder einzelne *User* der Speicherung seiner Daten zu. Altbekannt.

Also: Privatsphäre ade. Da bleibt nur noch die Hoffnung, dass sich unser politisches System nicht wieder so verändert, dass ein totalitäres System Interesse an diesen Daten und den unvorstellbaren Möglichkeiten der Überwachung hat. Altbewährte Überwachungsinstrumente, wie die kleinen Kameras im Knopfloch, wirken geradezu dilettantisch im Vergleich zu den neuen Handys, die *Google* gemeinsam mit der *Telekom* in die Welt geworfen hat. Das integrierte Navigationssystem hilft nicht nur dem Benutzer, sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden, sondern auch allen anderen, den Benutzer jederzeit zu orten. Ganz neue Möglichkeiten für private *Stalker* und politische Kontrollapparate.

Google kann die Ergebnisse von Suchanfragen beeinflussen und so Prioritäten setzen – und *Google* ist nicht ganz so unpolitisch, wie es immer vorgibt: der Konzern ist maßgeblich an der Zensur in China beteiligt. Unliebsame Informationen können von einem chinesischen Computer aus nicht gegooglet werden. Mit Freiheit und dem grenzenlosen Zugang zu Wissen, das sich *Google* so gerne auf die Fahne schreibt, hat das wohl kaum etwas zu tun.

Aber damit nicht genug: nach dem Schutz der Privatsphäre hat sich *Google* nun das Urheberrecht vorgeknöpft. Tagtäglich scannt es alle Bücher ein, die es in die Finger bekommt (man könnte auch sagen: sich unter den Nagel reißen kann) und stellt sie ins *Word Wide Web*. Für viele auf den ersten Blick eine Freude, da es den Gang aus dem Haus und weg vom allseits so geliebten Rechner vermeidet, doch bereits nach einem kurzen Blick über den Tellerrand der Bequemlichkeit geschaut, eine Aktion mit enormen Konsequenzen. Das



Google hat seine Finger im Spiel, wenn es um Fragen der Ent-rechtung geht. Im Bild zu sehen: die Hand beim illegalen Einscannen von urheberrechtlich geschützten Büchern. Wie jeder gute Verbrecher natürlich mit Handschuh, jedoch gleichzeitig nicht allzu geschickt bei seiner Arbeit ...

Urheberrecht hat sich in den letzten 250 Jahren, die seit der Einführung dieses hart erkämpften Rechts vergangen sind, als äußerst sinnvoll erwiesen. Es stellt eines jener Kulturgüter dar, die man bewahren sollte, denn es ermöglicht, dass Menschen von ihren künstlerischen und wissenschaftlichen Werken auch leben können. Und damit bietet es eine (wenn auch sicher nicht die einzige) Grundlage dafür, dass diese überhaupt geschaffen werden können – und zwar unabhängig von politischen Machtinteressen.

Vielleicht wäre es langsam aber sicher an der Zeit, sich gegen diese subtile Machtergreifung, die sich schleichend und kaum merklich an den Wurzeln unserer Kultur zu schaffen

macht, zu wehren, statt sie tatenlos über sich ergehen zu lassen! Denn nicht alles ist *umsonst*.

Alternative Suchmaschinen bei denen persönliche Daten verschlüsselt an Google und andere weitergegeben werden

sind zum Beispiel www.scroogle.de und www.metager2.de.

Weitere Informationen und eine Unterschriftenliste „Für Publikationsfreiheit und Wahrung der Urheberrechte“ findet sich unter www.textkritik.de/urheberrecht.

jr

Stichwort: Innere Sicherheit

Ein Gespräch mit Wolfgang Wieland

Herr Wieland, was sind Ihre konkreten Kritikpunkte an der Innenpolitik der Großen Koalition, insbesondere von Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble?

Herr Innenminister Schäuble hat eine bewusste Strategie, die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik vollständig umzugestalten. Er will eine Verschmelzung von innerer und äußerer Sicherheit vornehmen, Polizei und Militär zusammenwachsen lassen. Der Bundeswehreinsatz im Inneren ist sein Lieblingsthema von Anfang an. Gleichzeitig behauptet er, wir befänden uns in einem asymmetrischen Kriegszustand mit Terroristen. Hierfür müsse unser gesamtes Rechtssystem überdacht und verändert werden. Stichwort: Exekution von Terroristen. Stichwort: Einführung von Elementen des Feindstrafrechts. Stichwort: Grundlegende Überwachung und Registrierung möglichst vieler Teile der Bevölkerung.

Welche abstrakten Vorstellungen und Konzepte Innerer Sicherheit, welche Ideologie stehen Ihrer Meinung hinter den Gesetzesentwürfe aus dem Ressort Schäuble?

Dahinter steht das Konzept eines Gemeinwesens im Krieg und die weitergehende Vorstellung, dass Prävention sämtliche Bereiche zu umfassen habe, dass der total überwachte Bürger derjenige Bürger ist, von dem am wenigsten Gefahr ausgeht, dass sowohl Polizei als auch Nachrichtendienste umfassend die Bewegungen, die finanziellen Verhältnisse, als auch das Telekommunikationsverhalten der Bürger registrieren und speichern müssen.

Bitte beschreiben Sie Ihr eigenes Konzept Innerer Sicherheit.

Unser Konzept setzt im Wesentlichen darauf, dass nur ein sozial befriedetes Gemeinwesen und eine selbstbewusste Bürgergesellschaft in der Lage ist, mit terroristischen Bedrohungen fertig zu werden. Die Sicherheitsbehörden verscherzen sich durch ihr immer weiter geheimdienstähnliches Auftreten das wichtigste Vertrauen der Bürger, nämlich dass man ihre Privatsphäre schützt. Der Staat erscheint als der, der Angst macht und in jegliche Sphären eindringt und eben nicht als Sicherheitspartner zur Abwehr terroristischer und anderer Bedrohungen.

In der öffentlichen Debatte wird oftmals eine Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit als Maßstab einer Innenpolitik mit Augenmaß erwogen. Wie verhalten sich Freiheit und Sicherheit Ihrer Meinung nach zueinander?

Für mich hat die Sicherheit eine absolut dienende Funktion. Freiheit steht in der Verfassung. Freiheit ist insoweit ein Grundrecht. Sicherheit hat nur zu gewährleisten, dass dieses Grundrecht auf Freiheit durchgesetzt wird, dass ich in einem freiheitlichen Staatswesen leben kann. Sie ist keinesfalls gleichrangig und es gibt auch kein Grundrecht auf Sicherheit nach unserer Verfassung.

Was würden Sie Bürgerinnen und Bürgern empfehlen zu tun, die sich durch die momentane Innenpolitik in ihrer Freiheit beschränkt fühlen?

Zunächst gibt es sehr viele gute Initiativen, denen ich mich anschließen kann, wie die AG Vorratsdatenspeicherung, die in einigen Städten Demonstrationen unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ gemacht hat. Ich denke an die Möglichkeit sich sozusagen zu „besinnen“, daran zu denken, dass es auch an mir selber liegt, wer meine Daten von mir bekommt und wie freigiebig ich damit bin – z.B. beim Einkaufsverhalten, Stichwort: Kreditkarten und Pay-Back-Karten. Ein ganz wichtiges Feld ist die Internetnutzung. Was ich von meinem Privatleben ins Netz stelle, bestimme im Wesentlichen noch immer ich. Es ist höchste Vorsicht angebracht. Niemand sollte vergessen, dass das, was er mit 18 ins Netz stellt, dort auch noch vorhanden sein wird, wenn er 80 Jahre alt ist. Das Netz vergisst nichts. Den Grundsatz der Datensparsamkeit, den wir vom Staat und von Institutionen verlangen, sollte auch der einzelne Bürger anwenden.

Wolfgang Wieland (MdB) ist Sprecher für Innere Sicherheit der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen.

Das Gespräch für den UNiMUT führte Michael Kolain.

Kommentar: Wolfgang Schäuble lässt es ruhig angehen

„Wir sind immer ein Stück machtlos gegenüber solchen Geschehnissen. Deshalb brauchen wir den Rechtsstaat und seine Organe, die die Bürger schützen. Der Staat schützt die

Freiheit auf Grundlage von Gesetzen und bedroht sie nicht.“ Mit diesen Worte sprach sich Schäuble gegen Forderungen aus, Sicherheitsschleusen an Schulen einzurichten. Eine Ver-

schärfung des Waffengesetzes lehnt er ebenfalls als unsinnig ab. Stattdessen warnte der CDU-Politiker vor „Überregulierung“ in Reaktion auf Winnenden. Das sind neue Töne. Schäuble lässt es derzeit ruhig angehen. So sieht er die Bespitzelungen von Telekom, Lidl und Bahn nicht als Anlass, eine Verschärfung des Arbeitnehmer-Datenschutzes noch vor der Wahl in die Wege zu leiten. Zwar dürfen Unternehmen auch nach der jetzigen Fassung des Bundesdatenschutzgesetzes ihre Mitarbeiter nicht vorbehaltlos ausspähen, doch sind die Regelungen unklar wie unsystematisch und den Verantwortlichen in Unternehmen zu oft im Einzelnen gar nicht bekannt. Im Windschatten der unspezifischen Gesetze können Unternehmen somit bis mindestens September weiterhin ein besonderes Auge auf ihre Mitarbeiter haben – was danach kommt, ist völlig offen. Steht Schäuble im Wahljahr nicht der Sinn nach Gesetzesänderungen? Oder wartet er auf den strategisch richtigen Moment, um kurzfristig noch weitere Regelungen für ausgedehnte Überwachungsbefugnisse durchzusetzen? Vielleicht gönnt sich der Innenminister auch ein wenig Ruhe, um Erfolge zu genießen. Immerhin hat

Schäubles großes Projekt zur verdachtslosen Sammlung der Verbindungs- und Standortdaten der gesamten Bevölkerung (Vorratsdatenspeicherung) das Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Februar erst einmal unbeschadet überstanden. Außerdem ist seit dem ersten Januar die Reform des BKA-Gesetzes in Kraft, demgemäß das Bundeskriminalamt per Video-Überwachung, Haus- und Online-Durchsuchungen auch ohne konkreten Verdacht Ermittlungen anstellen kann. Für Schäuble „ein wichtiger Baustein in der Sicherheitsagentur der BRD“. Ein Wermutstropfen mag die glückliche Stille jedoch trüben: Mit der Visa-Warndatei wird eines von Schäubles Gesetz-Babys in dieser Legislaturperiode wahrscheinlich nicht mehr zustande kommen. Wer fünf Mal im Zeitraum von zwei Jahren visapflichtige Besucher einlädt, sollte in einer Großdatenbank zentral gespeichert werden. Deutsche Konsulate oder Botschaften hätten solchen „Vielenladern“ nur mit Vorsicht ein Visum ausgestellt. Schäubles Kartei liegt derzeit auf Eis.

amb

Neues Versammlungsgesetz wie erwartet Schund

Was Kritiker bereits vorausgesagt hatten, ist nun eingetreten: Das Bundesverfassungsgericht hat das neue bayrische Versammlungsgesetz, an dem sich auch der baden-württembergische Entwurf orientiert, für verfassungswidrig erklärt. Wie in den vergangenen Jahren immer öfter der Fall, pfeift Karlsruhe erneut verfassungswidrige Innenpolitik zurück. Nach Aussagen der Richter hätte das komplette Gesetz für ungültig erklärt werden müssen. Da Bayern dann aber ohne Regelungen für Versammlungen gewesen wäre, beließ es das Gericht dabei weite Teile des Gesetzes für ungültig zu erklären und dringend eine umfassende Nachbearbeitung zu fordern. Dass mit dem neuen Versammlungsgesetz nicht wie behauptet gegen Neonazis sondern vielmehr gegen soziale und gewerkschaftliche Proteste vorgegangen werden soll, wurde kurz zuvor durch den Fall eines Münchener Verdi-Funktionärs bekannt. Dieser wurde im Januar zu einer Geldstrafe von 1600 Euro verurteilt, weil er zusammen mit

14 anderen Personen einen Streikposten anlässlich des Arbeitskampfs in der Münchener Fußgängerzone abgehalten hatte. Der anwesende Staatsschutz stufte dies als unangemeldete Versammlung im Sinne des Versammlungsgesetzes ein. Von allen Anwesenden wurden die Personalien aufgenommen und Fotos gemacht.

Baden Württembergs Innenminister Heribert Rech war immerhin so weitsichtig, die Umsetzung des ähnlichen eigenen Versammlungsgesetzes im letzten Moment zu verschieben um das Karlsruher Urteil abwarten zu können. Was nun bei der angekündigten „Überarbeitung“ herauskommen soll und ob sie verfassungsmäßigen Standards genügt, bleibt abzuwarten – insbesondere da das Land für die Bekämpfung von Demonstranten anlässlich der Nato-Jubiläumsfeier am ersten Aprilwochenende gerne strengeren Regelungen zur Verfügung hätte.

JZ

Sieben Jahre zwischen Erfurt und Winnenden

Was hat sich geändert?

Öffentliche Reaktionen auf Amokläufe gleichen sich, ebenso wie die Taten selbst. Vergleiche sind so unvermeidbar wie unangenehm, reihen sie doch Erfurt, Emsdetten und Winnenden in eine Chronik, die dem Wunsch zuwiderläuft, von Einzelfällen auszugehen. Aber was hat sich verändert in den vergangenen 7 Jahren zwischen den Amokläufen Erfurt und Winnenden?

Schulpsychologen, Ballerspiele, Waffengesetz...

Auf den ersten Blick wenig; Wieder wird durch die Veröffentlichung von Foto und Chat-Verkehr ein Identifikationspotential geschaffen, das zum Trittbrettfahren einlädt. Auf ein Neues wird mit der Suche nach simplen Motiven versucht, dem Ohnmachtsgefühl entgegenzuwirken. Und wieder konstituieren „Schulpsychologen, Ballerspiele, Waffengesetz“

Schlüsselworte im öffentlichen Diskurs. Ebenso wie der Erfurter Robert war auch Tim Konsument blutrünstiger Computerspiele und ebenso wie Robert wurde Tim seine Waffe vom Schützenverein in den Schoß gelegt. Strukturelle Änderungen sind bekanntlich schnell gefordert. Deshalb die Frage: Was hat sich legislativ getan in Reaktion auf Erfurt 2002?

Ein Verbot gewalttätiger **Computerspiele** tauchte 2002 in Diskussionen auf, realisiert wurde eine Altersfreigabe für den Erwerb von Computerspielen, sprich mögliche Ausweiskontrollen bei Erwerb und Ausleih. Warum diese Maßnahme vollkommen ineffektiv ist, liegt auf der Hand.

Dann das **Waffenrecht**. Ein Durchbruch, die Altersgrenze für den Besitz großkalibriger Schusswaffen wurde angehoben. Sportschützen wie damals Robert S. in Erfurt haben jetzt erst mit 21 ein Recht auf die eigene Waffe; wer sich beruflich als Jäger verdingt, Sammler ist, d.h. die Waffe nur ihres großen kulturellen Werts wegen besitzen will, oder Opas Colt Diamondback erben möchte, muss 18 Jahre alt sein. Heute könnte Robert S. nicht mehr im Erfurter Waffenladen vorbeischaun, um Pistole und Pumpgun zu erstehen. Er war damals 19. Eine Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße ist gegeben, wenn ein Waffenbesitzer das Hab und Gut unbeaufsichtigt lässt, wie Herr Kretschmer seine Berretta. Dieses Waffengesetz ist also laut Innenminister Schäuble so scharf, dass weitere Änderungen indiskutabel sind. Umso mehr ein gänzlich Verbot privaten Waffenbesitzes. Nach einer Tagesschau-Umfrage sprechen sich allerdings 58,2 % der deutschen Bevölkerung für ein solches aus. Nur schwer ist ersichtlich, warum Mitglieder von Schützenvereinen Waffen nicht im Vereinshaus wegschließen müssen, sondern im Haus aufbewahren, ohne einen Waffenschein zu besitzen; vor allem in einer solchen Menge wie in Winnenden. Befürworter einer Verschärfung des Waffengesetzes wird gerne entgegengehalten, dass die ca. 20 Millionen eingeschmuggelten illegalen Schusswaffen diese ohnehin unterminieren würden. Manch einem gelingt es gut, das gemütliche Einkuscheln im *Status Quo*.

bleiben die **Schulpsychologen**. In NRW und Baden-Württemberg wurden im Jahr 2007 weitere Stellen geschaffen, die eklatante Unterversorgung bleibt jedoch bestehen. In Baden-Württemberg versorgte ein Psychologe im Jahr 2008 16.993 Schüler, nur Niedersachsens Schüler waren mit einem Versorgungsschlüssel von 1:26.324 noch schlechter betreut.

Zum Vergleich: In Neuseeland kommen auf einen Schulpsychologen rund 3500 Schüler, in Dänemark 770. Schulpsychologen in Deutschland können nur solche Fälle annehmen, in denen eine Notwendigkeit von Eltern, Lehrern oder den Schülern selbst klar artikuliert wird, viele „unauffällige“ Schüler fallen durch dieses Raster.

...und Lehrer?

Die Moral von der Geschichte? Sind die Veränderungen von 2003 bis 2009 hinreichend? Und ist das überhaupt die Frage, die gestellt werden sollte? Rousseau verstand unter dem „bourgeois“ einen Besitzbürger, der strukturelle Regelungen vom Staat fordert, um unbehelligt wie ungestört seinen Partikularinteressen nachgehen zu können. Eigene Verantwortung sieht er einzig darin, sich im Rahmen dieser Gesetze zu bewegen. Der „citoyen“ hingegen betrachtet sich als Teil einer Gemeinschaft, in der er partizipiert und zu deren Wohlergehen er beiträgt. Er fühlt sich für seine Mitmenschen verantwortlich. Eine Debatte über gemeinschaftliches Denken und gesellschaftliche Verantwortung rutscht schnell in Pathos ab, aber ist offensichtlich von größter Aktualität und sollte geführt werden: Wie können wir verhindern, dass der Mensch den Mensch nicht mehr wahrnimmt?

Um so erstaunlicher, dass die Ausbildung und Arbeitsbedingungen von Lehrern so wenig Platz bei der Diskussion von strukturellen Ursachen und Konsequenzen der Amokläufe finden. Individuelle Betreuung findet wenig Platz im Schulalltag, die Früherkennung seelischer Leiden wird nicht geschult. Die Lehrkraft ist am Nächsten bei den Schülern, teilt am ehesten deren Alltag. Vor allem in der Schule könnte Raum dafür geschaffen werden, Verantwortungsgefühl für andere zu vermitteln und so das Zusammensein zu gestalten, dass einer Entfremdung des Einzelnen entgegenwirkt wird. Wer sich in der Klassengemeinschaft aufgehoben fühlt, tötet keine Mitschüler. Nun sind unsere Lehrer und Lehrerinnen ohnehin schon überlastet - sollten und können wir noch mehr von ihnen erwarten? Hier sind nun doch wieder strukturelle Veränderungen gefragt. Schulpsychologen helfen, aber eine neue Wertschätzung des Lehrerberufs wäre heilsam. Diese könnte sich verschiedenfach ausdrücken; im Anrechnen von Überstunden etwa, anderen Auswahlkriterien für Hochschulbewerber, oder öffentliche Aktionen, die besondere Leistungen von Lehrkräften würdigen. Die Schule kann einen Sinn für gesellschaftliche Verantwortung vermitteln. Geben wir ihr doch die Möglichkeit, dieses Potential zu nutzen.

amb

„Mit Abstand die meisten Kinder in Deutschland sind glücklich.“

11. März 2009. Vor wenigen Stunden sind bei einem Amoklauf in einer Realschule in dem Ort Winnenden bei Stuttgart 16 Menschen ums Leben gekommen. Günther Oettinger, Ministerpräsident: „Diese schreckliche Tat ist in

keiner Form erklärbar.“ Ursula Von der Leyen, Bundesministerin für Familie und Jugend: „Mit Abstand die meisten Kinder in Deutschland sind glücklich.“

Die Aufarbeitung der schrecklichen Geschehnisse in den Tagen darauf beschränkt sich strikt auf Betroffenheits- und Beileidsbekundungen und dem Ruf nach oberflächlichen politischen Reaktionen, deren Unwirksamkeit offensichtlich ist. Dabei herrscht bei Medien und Politik ein klarer Konsens, was angesprochen werden darf und was nicht. „Eine wertlose, lieblose, kalte Konsumgesellschaft“ zitiert die Tagesschau einen Foreneintrag zum Thema und macht den Verfasser mit den Worten lächerlich: „Schnell sind die Schuldigen gefunden.“ Die Taz schreibt, man könne sich in Internet-Communities auch vor der ganzen Welt wunderbar blamieren und zitiert eine Person, die kommentierte: „Kann ich gut verstehen bei dem Schulsystem.“ Darauf der flott formulierte Hinweis, dass es ja glücklicherweise möglich sei, seine eigenen Einträge wieder zu löschen.

Es werden aber nicht nur eigene Beiträge gelöscht. In den Communities StudiVZ, SchülerVZ und MeinVZ werden zwei Tage nach dem Amoklauf alle Gruppen mit dem Wort „Amok“, die nicht reine Beileids- und Betroffenheitsgruppen sind, gelöscht. Auf Youtube wird das seit Jahren gepostete Video mit dem Lied „Amoklauf“ der Gruppe *Mono für Alle*, das sich in das Innere eines Amokläufers versetzt, gelöscht und der Nutzerin, die es ins Netz gestellt hat, das Nutzerkonto gesperrt.

Die Diskussion tiefergehend zu führen wird vermieden, wer es tut, schnell als respektlos gegenüber den Opfern oder pubertär gebrandmarkt und offensiv aus der Debatte ausgeschlossen. So ermittelt nun die Polizei gegen den Reutlinger Rapper Kaas, der das für den 20. März geplante Release seines Albums „Amokzahltag“ und der gleichnamigen Single wegen der brisanten Situation erst einmal auf Eis gelegt hat. In seinem Song schlüpft er in die Rolle eines Außenseiters, der an seiner Schule einen Amoklauf begeht. Zwei lange Schrifttafeln erklären vor Beginn des dazugehörigen Videos, wie der Rapper seinen Text meint – obgleich die Message auch ohne Klarstellung gut zu verstehen ist. Kaas, der meint, dass er selbst einst in einer Situation gesteckt habe, in der er „kurz davor war, anderen Menschen weh zu tun“ schreibt er „Gewalt ist keine Lösung. Nie“ und führt diesen Grundsatz unmissverständlich weiter aus. Trotzdem zitiert nicht nur die Bild-Zeitung aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus dem Stück, um den Musiker der Gewaltverherrlichung anzuklagen. Mehr hart als fair behandelt zum Beispiel Frank Plasberg in seiner „politischen Talksendung“ in der ARD unter anderem dieses Stück, von dem er einzelne Szenen und Textauschnitte zeigt. Die eigentliche Intention – nämlich die künstlerische Aufarbeitung der eigenen Situation und die Annäherung an eine Erklärung des Unfassbaren – wird dabei ins Gegenteil verdreht. „Dieses Video ist nicht nur gewaltverherrlichend, sondern schwer jugendgefährdend“ empört sich der anwesende CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach. Als er sich auch noch damit brüstet, keine Ahnung zu haben indem er zur Frage, ob er denn schon einmal ein „Killer-spiel“ gespielt habe, erobost antwortet: „Muss ich Baum im Regenwald sein, um mich für die Rettung des Regenwalds

einzusetzen?“ gibt es aus dem Publikum tosenden Applaus. Die in der Runde anwesenden „Vertreter der Jugend“ – ein Computerspiele-Reporter und ein Schüler – zeigen sich hingegen als wenig redegewandt - vielleicht war aber genau das das Kriterium nach dem die zwei für die Sendung ausgesucht wurden. Eine wirkliche Diskussion über die Hintergründe jener Wahnsinnstaten wird auch nach dem dritten Amoklauf in diesem Jahrzehnt nicht geführt.

Dabei sind solche Taten in keinsten Weise so unerklärbar, wie Günther Oettinger uns gerne weismachen würde. Die Erklärung ist nur kompliziert und erfordert von uns mehr als eine Bekämpfung vorschnell herangezogener Sündenböcke wie Computerspielen oder Musikstücken. Sie würde erfordern sich einzugestehen, dass es geradezu höhnisch ist, zu behaupten, dass mit Abstand die meisten Kinder in Deutschland „glücklich“ seien - was immer wir unter diesem Begriff verstehen. Dass wir uns eingestehen, dass Foreneinträge wie die oben zitierten keine Auswüchse pubertärer Kiddies sind, sondern ein Aufschrei frustrierter junger Menschen, unter denen sich auch diese befinden, die dann eine Tat wie in Winnenden planen und ausführen. Eine Gesellschaft, die Menschen hervorbringt, die solchen Hass entwickeln, dass sie anderen aus purem Selbstzweck ins Gesicht schießen und sich später selbst töten, darf sich der kritischen Analyse seiner selbst nicht verschließen.

Es ist sicherlich ein gefährlicher Weg, sich über junge Leute lustig zu machen, die ihre Ansichten über die Hintergründe darlegen – genau die Leute nämlich, die noch am ehesten dran sind an der Psyche jener Menschen – und diesen zu erzählen, dass sie ja schon alle glücklich seien oder eine solche Tat nicht zu erklären sei. Für die Politik ist es jedoch offenbar wichtiger, das eigene Image zu wahren, anstatt sich eine verfehlte Sozial-, Familien- und Jugendpolitik einzugestehen oder gar zu überlegen welche grundlegende Werte unserer Gesellschaft eine Situation schaffen, die solche Auswüchse produzieren. Dabei gibt es nicht wenige Hinweise wo die wirklichen Probleme liegen. „Der arme Junge hat null Respekt bekommen. Hätte selber fast Amok gelaufen weil ich in dieser Welt nicht akzeptiert worden bin.“ schreibt ein Youtube-User.

Ohne den Täter zum Opfer zu machen müssen wir uns gerade mit seiner Entwicklung intensiv beschäftigen, wenn wir tatsächlich etwas konstruktives tun wollen. Und auch wenn natürlich nicht jeder frustrierte Jugendliche einen Amoklauf begehen würde, so geben diese Taten doch einen Hinweis auf ein Problem, das mit dem Verweis auf verrückte Einzelfälle nicht mehr erklärt werden kann.

Wie weit die an der öffentlichen Debatte Beteiligten jedoch von der Wirklichkeit junger Leute entfernt sind, zeigen sie auch durch peinliches Nichtwissen. So fällt die Ermittlungsgruppe der Polizei auf eine billige Fälschung eines Chats herein, auf dem der Amokläufer seine Tat angeblich angekündigt haben soll. Die Presse spricht immer noch von Counterstrike und scheint nicht auf die Idee gekommen zu sein, dass in den Jahren seit dem dieser Sündenbock das erste

Mal durch die Medien geisterte neue Spiele auf den Markt kamen und sich tausende Jugendliche über diesen Umstand in Internetforen kaputt lachten. Die RNZ schreibt außerdem überzeugt, dass Counterstrike – eine von Privatpersonen entwickelte Modifikation zu einem vorhandenen Spiel – vom US-Militär entwickelt worden sei, um Soldaten an das Töten zu gewöhnen. Das weiß sie von dem Medienexperten des Rhein-Neckar-Kreises Ulrich Wehrmann, der ironischerweise ein paar Zeilen zuvor noch mit den Worten zitiert wird: „Wer von den Spielen keine Ahnung hat wird nur belächelt und kommt erst gar nicht ins Gespräch.“ Wie sollen sich Heranwachsende als Objekte einer so geführten Diskussion ernst genommen fühlen? Und die tausenden Eltern die jetzt ihre Kinder fragen ob sie „auch diese Spiele spielen“ verstärken

bei diesen wohl eher das Gefühl von den Erwachsenen nicht verstanden zu werden. Bei ExpertInnen wie Wehrmann und Bosbach wird jedoch vielleicht klar, warum Amokläufe für Günther Oettinger und weite Teile unserer Gesellschaft unerklärbar bleiben, und die öffentliche Debatte sich weiterhin in etwa auf das beschränkt, was ein Forenuser in diesen Tagen mit den Worten beschreibt: „Hauptsache man findet schnell einen Grund den man fein säuberlich in ein Gesetz packen kann und alles ist wieder unter Kontrolle. Dann kann man sich wieder vor den Fernseher schwingen, die Opfer begaffen, in den Sessel furzen und sagen: Schlimm.“

JZ

Der aktuelle Diskursbericht: Amoklauf in Winnenden

Einblicke in die diskurslinguistische Forschungswerkstatt

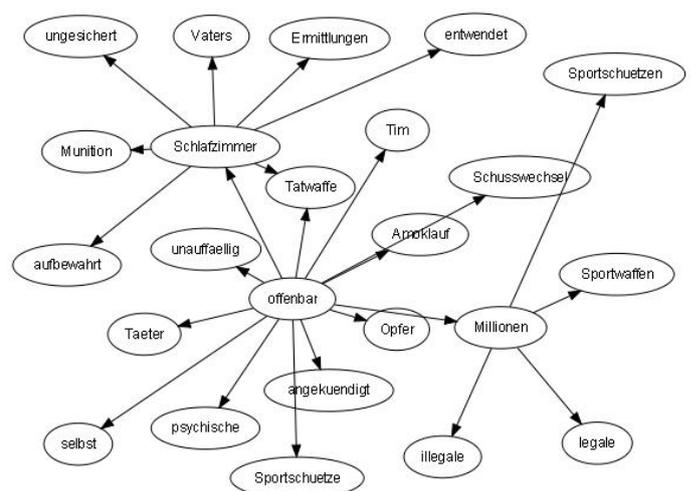
Die Ereignisse in der Welt, in der wir uns bewegen, sind längst nicht mehr überschaubar. Täglich geschieht Neues, wird Neues berichtet. Die Zusammenhänge werden dabei immer dichter und komplexer. Die Informationsflut im digitalen Zeitalter erfordert technische und kognitive Passungen, um sich einen Weg durch den Dschungel zu bahnen, um unmittelbar relevante von überflüssigen Informationen herauszufiltern. Dies gelingt uns in der Regel erstaunlich gut, obgleich wir nur selten alle Informationen im Detail zur Kenntnis nehmen. Vielmehr nutzen wir unser kognitives Weltwissen sowie heuristische Routinen, pragmatische Abkürzungen, mittels derer neue Informationen integriert oder bestehende Wissensrahmen aktualisiert werden können. Unser Weltwissen ist dabei immer schon sprachlich überformt, weil – vor allem bei nicht selbst erlebten Ereignissen – diskursiv und medial vermittelt. Unsere Wissensressourcen werden also fortwährend und nicht immer bewusst durch die Medienberichterstattung abgeglichen, was uns in der konkreten Kommunikation erlaubt, ebenso solche ‚Abkürzungen‘ anzuwenden und bei unseren Kommunikationspartnern vorauszusetzen. Kurz: wir bewegen uns fortwährend in (mehr oder weniger) gemeinsamen und medial vermittelten diskursiven Räumen, wir orientieren uns nach ihnen.

Die linguistische Diskursanalyse versucht die sprachliche Verfasstheit und Perspektivierungsleistung dieser diskursiven Räume sichtbar zu machen. Sie untersucht ferner mit sprachwissenschaftlichen und teilweise computergestützten Methoden die Strukturen und Brechungen diskursiver Aushandlungsprozesse und beschreibt das Wissen, das wir und andere Diskursakteure auf Grund der sprachlichen Umgebung über die Welt haben. Einen kleinen Beitrag soll dieser Artikel im Fall Winnenden leisten:

Bereits die Nennung dieses Ortes ruft bei der Mehrheit der LeserInnen die jüngsten Ereignisse des Amoklaufes in Erinnerung. Gemeinsam mit der sprachlichen Information

Schule wird ein kognitives Konzept (bzw. einen „Frame“) <Schüler-Amoklauf> aktiviert, das uns – ohne nähere ‚Tatsachenkenntnis‘ das potentielle Geschehen vor Augen führt. Wir unterstellen auf Grund unseres Weltwissens typische Akteure, einen typischen Ereignisverlauf, mögliche Ursachen, Folgen usw. Es werden vergleichbare Ereignisse aus der Vergangenheit abgerufen und mit Hilfe der aktuellen Medienberichterstattung in ihrer Prototypikalität aktualisiert. Berechnet man mit sog. korpuslinguistischen Methoden (Signifikanztests) und mit Hilfe eines Vergleichskorpus die diskursiven Schlüsselwörter zur aktuellen Berichterstattung (Untersuchungskorpus: ~ 1500 Texte/ eine halbe Millionen Wortformen aus 7 Zeitschriften und Zeitungen), erhält man einen sehr schnellen Überblick über die ‚wichtigsten‘ Diskurselemente, die unser Vorwissen aktualisieren:

ORTE (Winnenden, Realschule, Albertville, Klassenzimmer, Klinik); ZEITPUNKT (März, Mittwoch, Morgenrauen); Primäreignis (Notruf, Amoklauf, Schulmassaker, Blutbad, Flucht), EREIGNISVORFELD (Drohung, Chatroom, angekündigt); EREIGNISENDE (anschließend,



erschossen); FOLGEN (Trauerfeier, Schweigeminute, Ermittlungen); EMOTIONEN (Mitgefühl, Waffenmesse, Depressionen, Anteilnahme, Entsetzen); PARALLELEREIGNIS (Waffenbörse → pietätlos, Amokdrohungen → Trittbrettfahrer); VERGLEICHSEREIGNIS (Erfurt, Alabama); AKTEURE (Tim, Amokläufer, Opfer, Schüler, Lehrerinnen, Passanten, Angehörige, Polizisten, Staatsanwaltschaft, Vater); HANDLUNGEN (erschossen, getötet, tötet); URSACHENQUELLE (Killerspiele, Computerspiele, Counterstrike, Schusswaffen → Aufbewahrung → Vater); GEGENSTÄNDE (Waffen, Pistole, Tatwaffe).

Mittels Berechnung von sog. Kookkurrenzen (= Wörter, die signifikant häufig in einer Umgebung zusammen auftreten) lassen sich diskursive Attribuierungen der einzelnen Akteure, Sachverhalte usw. von Seiten der Medien nachvollziehen und damit Kontexte visualisieren.

Setzt man all diese diskursiven Netze zusammen, erhält man umfassende ‚Diskurskarten‘ und kann die verschiedenen Spuren der semantischen Verknüpfungen nachverfolgen. Weitere und vollständige Diskurskarten zu den Ereignissen in Winnenden finden sich unter: www.kleinervogel-v.de.

von Friedemann Vogel

Auto des Fraport-Chefplaners angezündet

In der Nacht zum 11.03.09 wurde der Geländewagen von Fraport-Chefplaner Horst Amann, seines Zeichens Hauptverantwortlicher des Frankfurter Flughafenausbaus, von Unbekannten in Brand gesteckt. Das Landeskriminalamt (LKA) Hessen schließt laut Pressesprecher „einen politischen Hintergrund der Tat nicht aus“ und setzte spontan 3000 € Belohnung für Hinweise zur Ergreifung der Täter_innen aus. Im Mittagmagazin ‚Drehscheibe Deutschland‘ (ZDF) wurde die Tat keine 24 Stunden später mit den Anschlägen der RAF verglichen und Angst vor „weiteren Anschlägen gegen den Flughafenausbau“ geschürt.

Ob es sich bei den Täter_innen tatsächlich um Gegner_innen der ökologisch nicht zu verantwortenden Vergrößerung eines der größten Flughäfen der Welt handelt ist noch völlig unklar. Klar dagegen ist, dass die friedlichen Proteste hunderter Menschen von allen staatlichen Instanzen wieder einmal nur mit totaler Ignoranz gewürdigt wurden.

Es erscheint logisch, dass in einem Wirtschaftssystem, welches sich auf der Doktrin grenzenlosen, ewigen Wachstums begründet, die endlichen ‚Ressourcen‘ der Erde

und ihrer Atmosphäre früher oder später aufgebraucht werden. Insofern kommt die Durchsetzung des unnötigen Flughafenausbaus genauso wenig überraschend, wie polizeiliche Räumungen und andere Repressalien gegen die Besetzer des Geländes, die dort teilweise monatelang ausgeharrt hatten, um das betroffene Waldstück doch noch zu retten.

Warum allerdings dieser pazifistische, rein ökologische Protest (mit mutmaßlich einer einzigen, bisher unbewiesenen Sachbeschädigung) im ZDF mit Morden und regelrechten Hinrichtungen, welche laut RAF-Stellungnahmen die Abschaffung von Kapitalismus und Parlamentarismus zum Ziel hatten, in einem Atemzug genannt werden, bleibt offen.

Entweder handelt es sich dabei um eine bloße Diskreditierung einer ökologischen Protestbewegung oder Parlamentarier und Kapitalisten befürchten in Zeiten der Wirtschaftskrise tatsächlich das Aufkommen von Widerstandsbewegungen neuer Qualität. Beides wäre ein Fortschritt im Vergleich zur vorherigen Ignoranz.

Von Hank Hardy Unrub

Let's talk about capitalism

Berlin, 6.-8. März: An die 2500 Teilnehmende beim Attac Kapitalismuskongress. Fast doppelt so viele wie erwartet. Menschen, die sich informieren wollten, über die aktuelle Finanzkrise, die diskutieren wollen über den Kapitalismus und mögliche Alternativen. Die Planungen des Kongresses begannen bereits vor einhalb Jahren, damals fand die Finanzkrise in der Öffentlichkeit noch kaum Beachtung.

Die Auftaktveranstaltung im Audimax der TU ließ 68er-Atmosphäre aufkommen – aber wahrscheinlich lag das auch daran, dass Szenen des Films „Der Bader-Meinhof-Komplex“ dort gedreht wurden. Der Einführungsvortrag von Heiner Flassbeck, dem Chefvolkswirt der UN-Organisation für Handel und Entwicklung, war dann auch eher ernüchternd. Es fielen viele Schlagworte, serviert mit einer ordentlichen Portion Polemik. Argumente gab es lediglich

von Ver.di-Chef Frank Bsirske in der darauf folgenden Podiumsdiskussion.

An den beiden Kongresstagen standen den Teilnehmenden an die hundert Seminare, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen und Workshops zur Auswahl. Die Themenauswahl war so heterogen wie die Teilnehmenden des Kongresses. Vielen ging es darum, die Krise zu verstehen, über Ursachen und Lösungen zu diskutieren. Es ging aber auch um den Kapitalismus an sich, um die Auswirkungen seiner Logik auf Gesellschaft und Kultur. Ansätze für Kritik gab es genügend, bei der praktischen Umsetzung konkreter Alternativen wurde es schwierig. Die TeilnehmerInnen waren sich einig: „Eine andere Welt ist möglich“ - Aber welche? Es herrschte viel Ratlosigkeit und große Heterogenität der Ansätze. Es

gab viele Fragen und noch mehr Antworten und – Gott sei Dank – keine Universallösung.

Bezüglich der Ansätze zu Veränderungen innerhalb des Systems gab es, laut Attac-Abschlusserklärung „einen breiten Konsens, dass Märkte und Kapital endlich demokratisch begrenzt, reguliert und kontrolliert werden müssen“. Voraussetzung dafür sei das „drastische Schrumpfen der Finanzmärkte“, die Reichtümer der Welt gehörten umverteilt - von oben nach unten und von Nord nach Süd. Notwendig sei eine neue Weltfinanzordnung unter dem Dach der Vereinten Nationen. Der Kongress habe zudem gezeigt: „Die beste Lösung kommt nicht von sogenannten Wirtschaftsweisen, sondern aus dem demokratischen Ringen um Argumente und Alternativen.“

Es ging vielmehr darum, gesellschaftliche Diskussionsprozesse anzustoßen, sich an Veränderungsprozessen zu

beteiligen, Lösungsmöglichkeiten demokratisch auszuhandeln und Bewusstsein zu schaffen. So forderte Heiner Geißler (CDU) auf der Abschlussveranstaltung eine „Renaissance der Ethik in Politik und Ökonomie.“

Der Kongress machte deutlich: Es gibt nicht nur eine Alternative, es gibt mehrere! Das sie einende ist der demokratische Diskurs, in dem sich über die Ansätze geeinigt werden soll. Jede und jeder ist verantwortlich für sein Handeln und gestaltet unsere Welt mit.

Es geht darum, weite Teile der Bevölkerung zu inspirieren mitzudenken und die Diskussion breit und offen zu führen. Am Ende stand die Aufforderung: Geht am 28. März in Berlin und Frankfurt auf die Straße und macht deutlich: „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“

nbb

Augen auf und raus aus der Schockstarre

Die Zahlen rauschen nur noch an uns vorbei. Hier ein paar Milliarden, dort ein paar Milliarden, für eine Bank, eine Versicherung, ein Unternehmen, einen Rettungsfond, so genau lässt sich das nicht mehr sagen. Harte, sehr harte Zeiten kommen auf uns zu, versichern uns Politiker, Unternehmer, Wirtschaftsexperten. Da kriecht die Sorge vor dem Jobverlust und dem persönlichen Finanzloch aus dem Wirtschaftsteil der Zeitungen in unser Leben. Mit den eigenen Zukunftsängsten beschäftigt und von den alltäglichen Katastrophenberichten über Finanz- und Wirtschaftskrise völlig übersättigt verlieren wir langsam den Überblick. Verlieren vielleicht auch die Lust an diesem Thema und wenden uns angeekelt ab, darauf hoffend, dass die Katastrophe zumindest an der eigenen Biographie vorbeiziehen möge. Doch das ist gefährlich. Wohin der Mangel an demokratischer Kontrolle in Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik führen kann, das zeigt Naomi Klein in ihrem Buch „The Shock Doctrine. The Rise of Disaster Capitalism“ auf. Man reibt sich verwundert die Augen über das Entstehungsjahr 2007. Das Buch ist erschreckend aktuell, als ob es als Mahnschrift für die aktuelle Lage 2009 geschrieben wäre. Und man kann nur müde lächeln über T. Fischermann, der Klein in einem ZEIT-Interview 2007 vorwarf: „Ihr neues Buch erscheint zu einem eigenartigen Zeitpunkt. Wir haben doch die Auswüchse marktliberaler Ideologie schon überwunden, die Sie kritisieren.“ Zumindest stimmt Fischermanns letzter Halbsatz.

Klein übt in ihrem Buch eine fundamentale Kritik an der neoliberalen Wirtschaftsdeologie, wie sie in erster Linie vom Nobelpreisträger Milton Friedman und seinen Schülern, den sogenannten Chicago Boys, gepredigt wurde. Mit umfangreichen und sorgfältig recherchierten Fakten unterfüttert sie ihre zentrale These, dass in besonderen kollektiven Schockmomenten, wie sie etwa durch Währungskrisen, Putsche,

Kriege oder Naturkatastrophen hervorgerufen werden, demokratische Leerstellen entstehen, die von politischen und wirtschaftlichen Eliten dazu genutzt werden, ökonomische Reformen durchzusetzen, die in normalen Zeiten niemals mehrheitsfähig gewesen wären. Die Beispiele sind leider zahlreich, Klein beginnt mit den Militär-Juntas in Südamerika, wo nicht nur die Chicago Boys wichtige Ämter innerhalb der Diktaturen inne hatten (wie ebenso später im Suharto-Regime in Indonesien). In diesem Kontext problematisiert die Autorin auch den verantwortungsethischen Zusammenhang zwischen „bloßer technischer Beratung“, die die Chicagoer Finanz- und Wirtschaftsexperten den Militärregimes anboten, und der mörderischen Konsequenz, mit der die Wirtschaftsreformen gegen jegliche Opposition durchgesetzt wurden. So pflegte Friedman intensiven Umgang mit Pinochet, den er auch im persönlichen Gespräch immer wieder ermutigte, trotz empfindlicher Rückschläge mit der neoliberalen Reform der chilenischen Wirtschaft weiterzumachen. Was im übrigen dazu führte, dass die Inflation bis zu 375% erreichte, die Arbeitslosenquote auf 20 % stieg und die Menschen verarmten. Aber zumindest der Staat war, abgesehen vom Militär, im Dreischritt von Deregulierung, Privatisierung und Abbau staatlicher Sozialleistungen deutlich verschlankt. Auch auf anderen Kontinenten weist Klein ähnliche Wirkungsweisen und Auswirkungen der reinen Marktideologie nach und zeigt die Kontinuitäten von der Transformation ehemaliger Ostblockländer über die asiatische Finanzkrise Ende der 1990er, die innenpolitische Entwicklung der USA unter Bush bis hin zum Tsunami 2004 und zum Irak-Krieg. Natürlich stützt sie ihre Argumente mit vielen Zahlen, doch wird das nie zum Selbstzweck. Zu einer stilistisch abwechslungsreichen und spannenden Sprache, die nicht immer wissenschaftlich nüchtern bleibt, gesellen sich

anschauliche Beispiele; der Mensch hinter den Zahlen wird nicht vergessen. Die Analogie zwischen individuellem psychischen Schock und kollektivem politischen Schock wird allerdings teilweise überreizt; Klein muss sich selbst fragen lassen, ob auch nicht sie mit einer Art Schocktaktik den Leser auf ihre Thesen vorbereitet, beginnt das Buch doch mit einem ausführlichen Bericht über die grausamen psychologischen Menschenexperimente der CIA in den 1950ern. An sich ist das Thema sicherlich interessant und wissenswert, allerdings stellt sich die Frage nach der Funktion dieses Kapitels innerhalb des Buches. Wie auch schon bei ihrem ersten Buch „No Logo“ werfen die Kritiker Klein zudem vor, nur die negativen Seiten der wirtschaftlichen Globalisierung zu benennen und keine Lösungsvorschläge darzulegen. Nun – zum einen erscheint es durchaus gerechtfertigt, in einer

publizistischen Öffentlichkeit, in der bislang eher einseitig positiv über die neoliberale Globalisierung berichtet wird (man erinnere sich an Friedrich Merz’ „Mehr Kapitalismus wagen“ Herbst 2008), auch mal einseitig die dunklen Seiten dieser Wirtschaftsordnung anzusprechen. Zum anderen gibt Klein tatsächlich keine Lösung vor, doch zeigt sie genügend Alternativvorschläge anderer auf, sodass es dem Leser selbst überlassen bleibt, zu entscheiden.

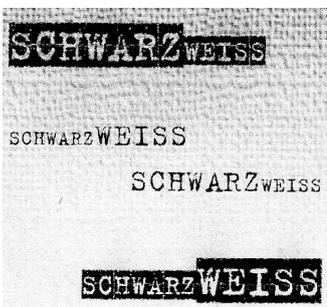
Was auf jeden Fall bleibt, ist die Warnung, in politisch und wirtschaftlich unübersichtlichen Umbruchzeiten die Augen aufzuhalten. In der Hoffnung, dass Klein ihrem Buch in ein paar Jahren kein weiteres Kapitel über die Finanzkrise 2008 (bis ?) hinzufügen muss.

Von Jasmin Tran

Zitat des Monats: „Kondome verschlimmern das Aidsproblem.“

so Papst Benedikt XVI anlässlich seines Besuchs
in Kamerun

Rasse



[aus frz. *race* ‚Geschlecht‘, ‚Stamm‘, ‚Rasse‘; gleichbedeutend ital. *razza*, dessen genaue Herkunft ungeklärt ist], Begriff der biolog. Systematik zur Beschreibung von Untereinheiten einer Art oder Spezies. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sich die ihr angehörigen Individuen in der Natur fruchtbar miteinander kreuzen.

In der Humanbiologie findet der Begriff keine Anwendung mehr, weil unter Menschen die genetische Variabilität der Angehörigen

einer vermeintlichen Rasse zu groß und die genetische Differenz zwischen solchen wiederum zu klein ist (UNESCO-Erklärung gegen den Rasse-Begriffe von 1995).

Seit dem 16. Jahrhundert wurde der Begriff vermehrt zur Kennzeichnung einer exklusiven Abstammung bzw. Zugehörigkeit zu einer edlen Familie verwendet.

Beim Versuch, das ständig wachsende Beobachtungsmaterial europäischer Forschungsreisender zu ordnen, entwarf der französische Arzt Francois Bernier 1684 ein Konzept, mit welchem er erstmalig eine Einteilung der Erdbevölkerung anhand von Merkmalen wie der Beschaffenheit von Nase, Lippen, Haaren, Zähnen etc vornahm. Die von ihm als *espèces* oder *races* bezeichneten Großgruppen entsprechen geographischen Räumen. In diesem Kontext fand der Begriff Rasse in der Folge Eingang in die europäischen Sprachen.

1735 brachte der schwedische Botaniker Carl von Linné

in seiner Arbeit »Systema naturae« als erster zoologische Systematisierungen mit der Kategorisierung von Menschen in Verbindung. Zusätzlich zu den biologischen Kriterien legte er seinem Konzept nichtkörperliche Faktoren wie Charakter, Kleidung und Sitten zu Grunde, die er mit einer eindeutigen Wertung versah: „[...], das galligte, choleriche Temperament des Amerikaners, der zu Erfindungen geschickte, [...] durch Gesetze regierte Europäer, der melancholische, [...] Pracht und Hoffart liebende Asier, oder der Afrikaner mit boshafter, fauler und lässiger Gemütsart, der durch Willkür regiert wird.“

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts fand der Rassenbegriff, als Synonym für Abstammungsgemeinschaft, im zeitgenössischen Diskurs Eingang. Er wurde verknüpft mit sozialdarwinistischen Vorstellungen über die Konkurrenz von Völkern und Nationen. Charles Darwin selbst hatte zwar in seiner Arbeit ‚Origin of Species‘ von 1859 den Begriff Rasse übernommen, es jedoch nicht für sinnvoll gehalten, den Menschen in seine Untersuchungen mit einzubeziehen, weil die Menschheitsgeschichte für eine evolutionäre Betrachtung zu kurz sei.

Durch die hierarchisierende Bewertung von menschlichen

Unterscheidungsmerkmalen (Linné) wurde eine zentrale Grundlage für die Entstehung des Rassismus gelegt. Deswegen wesentlicher Aspekt ist die Höherwertung der eigenen gegenüber anderen Rassen. Aus der oben erwähnten anfänglichen Beschreibung sozialer Unterschiede durch den Begriff Rasse entstand – ausgehend von Europa – ein Mittel zur Legitimation des weltweiten Herrschaftsanspruches einer „weißen Rasse“, der zu Kolonialismus, transatlantischem Sklavenhandel, Segregation, Völkermord u.a. führte. Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die biologisch-an-

thropologische Verwendung von Rassentheorien fundamental und nachhaltig in Zweifel gezogen.

Es handelt sich bei Rasse wie auch Rassismus um ein dynamisches Konzept, welches trotz der biologischen Widerlegung der Rasse als Einteilungskriterium konzeptuell weiter fortwirkt.

von Maja Tschumi, Jan Becht, Philmon Ghirmai, Simone Mbak, Janina Reibold, Caroline Authaler und Jan Diebold

Manita – Integration mal anders

Manita, der deutsch-kamerunische Chor in Heidelberg, lebt Integration jenseits der politisierten Erfolgsmärchen von anpassungsbereiten Einwanderern, die sich die deutsche Leitkultur wie ein zweites Hemd überziehen. „Anfangs war es undenkbar, dass, wenn eine Chorprobe um sieben Uhr beginnt, Leute eine halbe Stunde zu spät kommen. Inzwischen ärgere ich mich nicht mehr über die Anderen und sie sich nicht mehr über mich. Statt dessen ist es für mich ganz normal geworden und ich erlaube mir selbst mal zu spät zu kommen.“ Mit diesen Worten beschreibt die aus Russland stammende Chorsängerin Anastasia den Gruppenprozess gegenseitiger Annäherung.

Dabei war alles ganz anders geplant, in kleiner Runde im Studentenwohnheim. Dort begannen 2003 kamerunische Studierende gemeinsam Lieder, die sie an ihre Heimat erinnerten, zu singen. Auslöser dafür war der Tod zweier kamerunischer Freunde, erklärt Chorleiter Serge Ze. Jedoch blieben sie nicht lange unter sich, sondern bekamen schnell sowohl musikalischen Zuwachs als auch ein begeistertes Publikum verschiedenster Herkunft in Heidelberg und Umgebung. Nach zwei Jahren trat der Pfarrer der Heidelberger Kapellengemeinde Florian Barth mit einer ungewöhnlichen Idee an sie heran. Angeregt durch die Wünsche einiger seiner Schüler, wollte dieser einen „Afrika-Gottesdienst“ gestalten und bat *Manita* um musikalische Unterstützung. Aus der Of-

fenheit, eine spontane Idee in die Tat umzusetzen, ist heute eine feste Institution geworden, die einzigartig in Baden-Württemberg ist. Um den monatlich stattfindenden Gottesdienst herum ist ein Raum für Begegnung und Vernetzung unter und mit AfrikanerInnen entstanden. Als der Chor immer weiter wuchs, stellte ihnen die Kapellengemeinde ihre Kirche als Proberaum zur Verfügung. Immer wieder finden begeisterte Zuhörer den Weg zur wöchentlichen Chorprobe. Obwohl der Chor inzwischen mehr europäische als afrikanische Mitglieder zählt, werden weiterhin ausschließlich Lieder aus Afrika gesungen. Dabei bringen gerade auch die nicht aus Afrika kommenden SängerInnen Lieder ein, die sie auf Reisen kennen gelernt haben. Es gilt das Prinzip, wer ein Lied mitbringt, muss es auch übersetzen. Dadurch wird bei allen ein größeres Verständnis für die Entstehungskontexte der einzelnen afrikanischen Musikstücke gefördert. Hier wird deutlich, dass die Musik das Überbrücken konstruierter kultureller Barrieren ermöglicht. Dies wirkt sich auch auf das persönliche Miteinander aus und lässt Freundschaften, Partnerschaften und jüngst auch Kinder zwischen Menschen entstehen, die sich ohne *Manita* wahrscheinlich nie kennen gelernt hätten.

von Caroline Authaler, Jan Diebold, Janina Reibold, Philmon Ghirmai, Maja Tschumi, Simone Mbak und Jan Becht

„Hendrix ging früh genug – like Jesus“

Der Singer/Songwriter Nick Lawrence, der seit nunmehr 2 Jahrzehnten in einschlägigen Heidelberger Altstadtkneipen zu hören ist, wird am 17. April eine Auswahl seiner feinsten Kompositionen zum Besten geben. Die Autorin des Artikels traf ihn zu einem Interview im Vorfeld.

Talent, liebe zur Musik, die richtige Zeit und passende Lebensumstände – und schon hört ein 14-jähriger Junge in Windsor Ende der 60er „Purple Haze“ im Radio schmettern,

Inspiration für eine eigene Karriere. Auch wenn ihm die Hippiebewegung eher ein Dorn im Auge war, die englische Mittelklassejugend rannte plötzlich mit langen Haaren und Schlaghosen durch die Gegend, dröhnte sich zu und schwor auf freie Liebe, war es doch Jimmy, der ihn an die E-Gitarre gebracht hatte. Denn, so sagt er, man könne Hendrix Musik nicht konform setzen mit der gesamten Hippiebewegung, er war ein unabhängiger Geist, machte seine komplett eigene

Sache, gleichwohl seine Musik und Drogenexzesse natürlich gerade bei den Blumenkindern große Begeisterung auslösten. Und das wichtigste: Jimmy ging früh genug, sie konnten ihn nicht mehr kriegen – wie Jesus!

So nahm er ein paar Monate lang Gitarrenunterricht,



spielte dann in einigen Bands in Winsor und stand mit denen dann auch 1974 das erste Mal auf der Bühne. Mit dem Gedanken, ein professioneller Musiker zu werden, hatte er niemals gespielt, denn wirklich erfolgreich war er nie. Während dieser Zeit sammelten sich in seiner Schublade Dutzende halbfertige Songs. Erst mit 40, als er bereits vier Jahre in Heidelberg lebte, erwachsen aus immer neuen Ideen seine eigenen Stücke. Unter dem Einfluss von Blues, Country und Reggae und einigen großen Folk- und Jazzsängern hatte er begonnen zu singen, wobei er sich nicht als besonderen, dennoch aber natürlichen Sänger proklamiert. Niemals habe er versucht einen Sänger zu kopieren, man muss sich nur seinem eigenen Kopf und Herz überlassen. Das wichtigste sei, sich selbst zu finden, seinen eigenen Stil – wie im wirklichen Leben. Deshalb machen beim Musiker große Zweifel und Kritik an der Mannheimer Popakademie breit – wahres Talent sei nicht lehrbar!

Seine Texte resultieren aus plötzlichen Ideen, Gefühlen, mal traurig, mal glücklich, mal unsinnig. Und auch wenn die Menschen in Bars oder Pubs, in denen er Momentan die meisten Auftritte hat, oft nur mit einem Ohr hinhören, so sei der Text doch mindestens ebenso wichtig wie die Musik.

Am 17. April ist es dem Heidelberger Publikum nun vergönnt, mit beiden Ohren zu lauschen. Ab 20 Uhr wird Nick Lawrence im Romanischen Keller eine Auswahl seiner feinsten Kompositionen zum Besten geben.

Von Julia Müller

„Nicht weinen“ – 20-jähriges Bühnenjubiläum des Nostos Tanztheaters

Im Jubiläums-Stück „Nicht weinen“ treffen drei Charaktere aufeinander, die sich in wenig gleichen: Ein älterer Mann ohne feste Bleibe, ein halbkrimineller Ex-Soldat und ein asylsuchendes Mädchen. Was sie vereint, ist die Frage, wofür es sich zu leben lohnt und das schmerzliche Gefühl vergangener Verluste. Die Protagonisten kettet eine Nähe aneinander, die alle Unterschiede zunichte macht und Grenzen verwischt. Der Zuschauer kann entdecken, wie sich die Begegnung dieser Personen auf ihre jeweiligen Lebensschicksale auswirkt.

In den Inszenierungen des Nostos Tanztheaters arbeiten professionelle Tänzerinnen und Tänzer aus allen Tanzsparten und ausgebildete Schauspieler zusammen. Die künstlerische Leiterin Christina Liakopoyloy ist in Athen geboren und aufgewachsen, studierte in Heidelberg und hat seit 2007 einen Lehrauftrag für »choreographisches Theater« an der hiesigen Pädagogischen Hochschule.

Fast immer stehen sozialkritische Themen und zwischenmenschliche Beziehungen im Zentrum der Stücke des Nostos. »Nicht weinen« ist der AJUMI (Aufnahmegruppe für junge MigrantInnen) im Kinder- und Jugendhilfezentrum Karlsruhe gewidmet. AJUMI nimmt junge traumatisierte Flüchtlinge aus der ganzen Welt auf und betreut sie.

Vorstellungen: 4., 5., 25., 26. April 2009

Tikk Theater im Karlsruhbahnhof Heidelberg jeweils um 20.00 Uhr

Weitere Informationen: <http://www.nostos-tanztheater.org>

amb

Paarungszeit in der Medizin, bereits abgeschlossen

In der Neuen Uni in Heidelberg, geht die Forschung der Medizin, Hand in Hand mit Pharmakonzernen

Vom 5.- 7. März, war manch ein Studierender, der an der Neuen-Uni vorbei marschierte, vermutlich ratlos. Unter dem überdimensionalen Banner „dem leblosen Geist 2011, gefördert von MLP“ rankte oberhalb der Eingangstüren ein zweiter, Banner etwas kleiner und unscheinbarer, mit der Aufschrift: „Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Dermatologische Forschung (ADF)“. Im Gegensatz zum anderen bereits bekannten Banner, klang dieser sehr wissenschaftlich, unabhängig und vor allem neutral.

Beim Betreten der Aula in der Neuen Universität, wurde dieser Eindruck jedoch erschüttert. Hatte man sich getäuscht und war man auf einer Messe gelandet? Dicht aneinander gereiht stand Werbestand an Werbestand, ein Konzern Namens Abbott Immunology hatte sich den Slogan „Wissenschaft Hautnah“ ausgesucht. Ungefähr 30 Pharmakonzerne priesen ihre Produkte an, es gab Geschenke und Probeartikel, die von freundlichen Angestellten gereicht wurden.

Auf der Suche nach tatsächlicher Wissenschaft und Forschung, gelangte man schließlich in den 2. Stock und wurde erneut enttäuscht. Noch mehr Konzerne, noch mehr Werbestände, noch mehr Freundlichkeit und Kugelschreiber.

Und siehe da, man hätte es fast nicht mehr erwartet, hinter den Ständen eingepfercht, verteilt auf die schmalen Gänge direkt vor den Hörsälen, konnte man schließlich die Forschungsergebnisse von verschiedenen Instituten entdecken, die ansonsten auch im 3. Stock ausgestellt wurden.

Doch wem nutzen diese Forschungsergebnisse?

In unserem Wirtschaftssystem stellen die Pharmakonzerne die Produkte her und vermarkten diese gewinnbringend.

Diese Art zu „Wirtschaften“ ist nur so lange dem Allgemeinwohl verpflichtet, wie es einen Nutzen für den jeweiligen Konzern gibt.

An dieser Stelle tauchen Fragen auf, die an einer Uni, die sich selbst „exzellent“ nennt und die einen Nobelpreisträger der Medizin erst kürzlich hervorgebracht hat, unbedingt gestellt werden müssen:

Wie steht es um den Nutzen für das Allgemeinwohl, wenn Forschung zunehmend von Mitteln aus der Wirtschaft abhängt?

Wie steht es um das eigentliche, wissenschaftliche Ziel der Medizin, das Wohl der Patienten zu fördern und das Leben lebenswert z. B. auch für Leute in finanziell ärmeren Ländern zu gestalten?

Unabhängigkeit und freie Forschung nur sich selbst verpflichtet - Fehlannonce

Sobald Forschung nach größerem Einfluss und Verwertbarkeit in der freien Marktwirtschaft strebt, hat Sie ihre eigentliche Verpflichtung, unabhängig und frei dem Geist der Wissenschaft zu dienen bereits verkauft.

In diesem Zusammenhang steht auch der Wettbewerb um extra Gelder aus dem Exzellenz Topf, weil nur diejenige Universität „exzellent“ wird, die auch „mit der Wirtschaft kooperiert“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMZ) Exzellenzinitiative: „Förderlinien“ <http://www.bmbf.de/de/1321.php>)

Von Felix Heinze

Blauer Engel gegen weißen Bengel

Soziale und ökologische Aspekte des Papierverbrauchs in Deutschland

265,4 kg im Jahr! Das ist die Menge an Papier, die jeder Deutsche im Jahr 2007 verbrauchte und entspricht in etwa dem Gewicht von 7 Tafeln Schokolade am Tag! Sei es als Druckpapier, Klopapier, Papiertaschentücher oder Zeitungen. Deutschland verbrauchte damit 2007 etwa so viel Papier wie Lateinamerika und Afrika zusammen. Dabei betrug der Anteil von Altpapier bei Hygienepapier im Jahr 2007 59 % (2000 waren es noch 74 %!), während der Altpapieranteil bei graphischen Papieren nur bei 46 % lag.

Vor dem Hintergrund dieses enormen Papierverbrauchs und des sinkenden Anteils an Altpapier ist es höchste Zeit einmal inne zu halten und zu fragen, was eigentlich die Fol-

gen und vor allem die Ursachen dieser ganz offensichtlich problematischen Entwicklung sind. Begeben wir uns also auf die Spurensuche – und zwar am besten ganz von Anfang an: Der Herkunft unseres (Frischfaser-)Papiers.

Mehr als $\frac{3}{4}$ des Zellstoffs, der in Deutschland zu Papier verarbeitet wird, kommt aus den sogenannten borealen Wäldern Schwedens, Finnlands, Kanadas und Russlands. Das Holz der dort vorhandenen Bäume wie Nadelbäume, Kiefern, Fichten und Lärchen ist besonders geeignet, um daraus Zellstoff für die Papierindustrie herzustellen. Wegen des besonderen Klimas in diesen Regionen wächst der Wald, einmal für die Papierproduktion abgeholzt, jedoch nur sehr

langsam nach, was erhebliche Folgen für Mensch und Tier nach sich zieht.

Ein Beispiel dafür ist das Volk der Sami, die in den nördlichen Wäldern in Finnland traditionell Rentierzucht betreiben. Durch die Abholzung der Wälder haben die Rentiere nicht mehr genug Futter im Winter. Dadurch haben nicht nur die Rentiere nichts mehr zu fressen, auch die Sami verlieren ihre Lebensgrundlage. Diese negativen Auswirkungen beschränken sich jedoch nicht nur auf das Volk der Sami, sondern sind in allen borealen Wäldern der Erde weit verbreitet.



Ein weiteres Problem, das mit unserem Papierhunger eng zusammenhängt, ist die Tatsache, dass die borealen Wälder ein großer Kohlenstoffspeicher sind. Somit sind die Wälder zur Verlangsamung des globalen Klimawandels unverzichtbar. Die Konsequenz aus diesen katastrophalen Folgen ist eigentlich klar: die Verwendung von Altpapier. Doch wie schon beschrieben ist die Verwendung von recyceltem Papier nicht so selbstverständlich, wie sie sein sollte. Warum?

Einer der wichtigsten Faktoren ist das Konsumverhalten. Da etwas graueres Klopapier z.B. nicht schick ist, ist der Anteil an Altpapier, wie oben erwähnt in den letzten Jahren in diesem Bereich gesunken. Auch Ängste wie „Klopapier aus Altpapier sei nicht hygienisch“ oder „Altpapier schadet den Druckern“ hemmen den verbreiteten Einsatz von Altpapier. Dabei sind all diese Ängste längst von mehreren unabhängigen

Instituten widerlegt worden.

Ein weiterer Grund ist aber auch Unwissen. Viele Menschen würden sicher auf Papier umsteigen, das nicht aus Urwaldzerstörung kommt. Die Frage ist nur: Wie erkenne ich die Herkunft von meinem Papier? Denn das ist nicht so unproblematisch, wie es auf den ersten Blick scheint: Auf dem Papiermarkt gibt es inzwischen eine Unmenge an Siegeln, die den Verbrauchern vortäuschen, das Papier sei umweltfreundlich. Untersucht man diese Siegel und ihre Kriterien jedoch genauer, findet man, dass sie doch nicht so „grün“ sind, wie sie vortäuschen. Ein Beispiel ist die Bezeichnung „holzfrei“. Holzfrei müsste eigentlich „Holzstoff frei“ heißen. Holzstoff ist eine Alternative zu Zellstoff und hat lediglich eine Auswirkung darauf, ob das Papier schneller vergilbt. Trotzdem werden Wälder dafür abgeholzt.

Ein weiterer Bereich, in dem Verbraucher oft getäuscht werden ist der Begriff „chlorfrei“, denn das allein bedeutet nicht, dass Altpapier, sondern lediglich dass, bei der Verarbeitung kein Chlor verwendet wurde (was natürlich auch sehr wichtig ist). Und bei „elementar-chlor-freiem“ Papier (ECF) werden weiterhin sehr giftige Chlorverbindungen verwendet. Die Lage ist jedoch nicht ganz so hoffnungslos: Es gibt inzwischen auch einige Siegel, die auf wirkliche ökologische Alternativen hinweisen:



„Der Blaue Engel“ zum Beispiel bedeutet, dass ökologische Standards wie chlorfreie Bleiche, Altpapiergehalt und die Einhaltung von Schadstoffgrenzen gewährleistet werden. Falls es doch einmal Frischfaserpapier, also Papier, für das Bäume gefällt werden, sein muss, dann sollte man sich Produkte mit dem FSC-Siegel suchen. Das „Forest Stewardship Council“-Siegel garantiert, dass kein Holz aus Urwaldzerstörung für die Herstellung des Papiers verwendet wurde.

„Hast du gewusst, dass bei Recyclingpapier nicht nur Wälder geschont werden, sondern auch andere wichtige Ressourcen wie Wasser und Energie?“

Die beste Alternative für die Umwelt ist jedoch richtiges „Umweltschutzpapier“. Im Gegensatz zu Recyclingpapier, also normalem Altpapier, wird dieses Papier geringer entfärbt und gebleicht hergestellt, es werden also weniger Ressourcen verbraucht. Man erkennt dieses Papier an den Siegeln „Ökopa“ und „vup“

Umweltschutz durch die richtige Papierwahl ist also nicht nur notwendig sondern auch möglich! Die Redaktion des UNiMUT ist einen wichtigen Schritt für die Umwelt gegang-

gen. So wird der UNiMUT in Zukunft auf Recyclingpapier gedruckt und damit eine beachtliche Menge an Ressourcen eingespart. Allein mit dem UNiMUT, den du gerade in deiner Hand hältst, wurden 1,588 Liter Wasser, 0,306 kWh Energie und 0,15 kg Baum eingespart! Vielleicht machst du ja den nächsten Schritt?

Von Julia Fuchs

Bemerkung der Redaktion:

Gerne hätten auch wir einen systemkonformen Beitrag zur Verbesserung der Welt geleistet und den UNiMUT ab sofort auf Umweltpapier gedruckt. Jedoch: Is' nich'! Die Unidruckerei ist nicht befugt, dieses revolutionäre Papier zu benutzen. Wir sehen ein: Viel zu gefährlich!

Wo lernen wir leben?

Wo lernen wir?
Wo lernen wir leben
und wo lernen wir lernen
und wo vergessen
um nicht nur Erlerntes zu leben?
Wo lernen wir klug genug sein
die Fragen zu meiden
die unsere Liebe nicht einträchtig machen
und wo
lernen wir ehrlich genug sein
trotz unserer Liebe
und unserer Liebe zuliebe
die Fragen nicht zu meiden?

Wo lernen wir uns gegen die Wirklichkeit wehren
die uns um unsere Freiheit
betrügen will
und wo lernen wir träumen
und wach sein für unsere Träume
damit etwas von ihnen
unsere Wirklichkeit wird ?

Erich Fried

IMPRESSUM ... der UNiMUT-Zeitung an der Uni Heidelberg Nr. 2009/03 vom 30.03.2009 // Redaktion: Nina Bust-Bartels (nbb) · Alena Mehlau (amh) · Janina Reibold (jr) · Yannick Zundl (yz) // Auflage 5000 – Unidruckerei // Wir ermutigen ausdrücklich dazu, LeserInnenbeiträge zu verfassen, die uns per eMail an animut@urz.uni-heidelberg.de zugeschickt werden können. // Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Die Redaktion behält sich Kürzungen nach Rücksprache und orthographische Dienstleistungen ohne Rücksprache vor. // Unterstützt von der FachschaftsKonferenz, Albert-Überle-Straße 3-5, 69117 Heidelberg, Tel. 06221-542456 / eMail: animut@urz.uni-heidelberg.de